

GIBT ES EXTREMISMUS?

Extremismusansatz und Extremismusbegriff
in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und
(anti)demokratischen Einstellungen

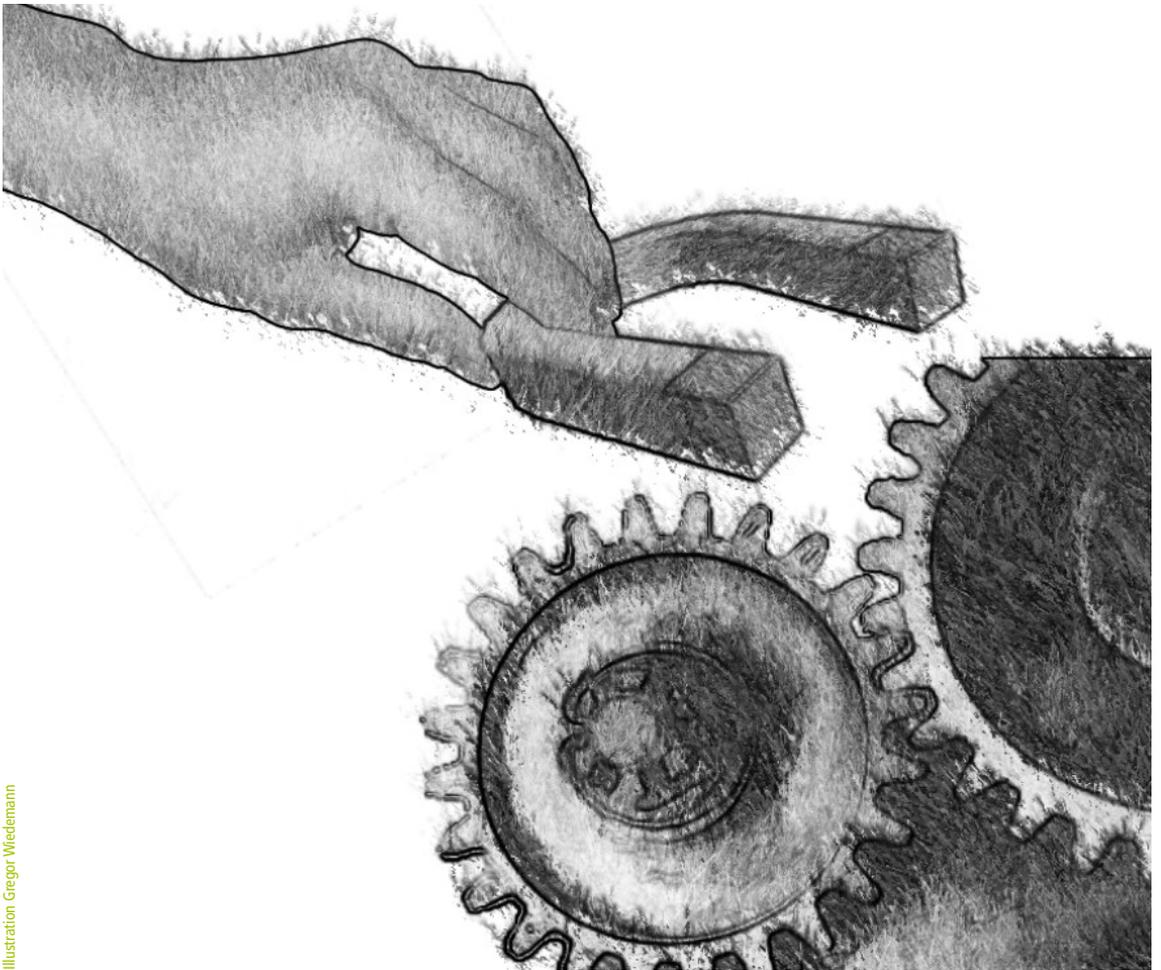


Illustration Gregor Wiedemann



weiterdenken
HEINRICH BÖLL STIFTUNG SACHSEN

KULTURBÜRO
SACHSEN e.V.



Herausgeber: Kulturbüro Sachsen e.V.
Weiterdenken - Heinrich Böll Stiftung Sachsen
Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung, Leipzig
Studierendenrat der TU Dresden, Referat für Politische Bildung

Dresden, März 2010

© bei den Autorinnen und Autoren und **Weiterdenken** - Heinrich Böll Stiftung Sachsen

Alle Rechte vorbehalten

Endredaktion: Michael Nattke/ Stefan Schönfelder

Layout und Satz: **Weiterdenken**- Heinrich Böll Stiftung Sachsen

Druck: Druckhaus Dresden, www.druckhaus-dresden.de

Die hier veröffentlichten Artikel spiegeln die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wider. Diese stimmt nicht notwendigerweise mit den Ansichten des Kulturbüro Sachsen bzw. von Weiterdenken- Heinrich Böll Stiftung Sachsen überein.

Die Broschüre kann bestellt werden bei:

Kulturbüro Sachsen e.V. (kulturbuero-sachsen.de)

Weiterdenken - Heinrich Böll Stiftung Sachsen (www.weiterdenken.de)



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht:

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc/3.0/de/>.

Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen:

Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Um einen Missbrauch zu vermeiden, muss bei Veröffentlichungen der Broschüre oder ganzer Artikel durch Dritte die Zustimmung bei Weiterdenken eingeholt werden.

V.i.S.d.P: Stefan Schönfelder, Weiterdenken - Heinrich Böll Stiftung Sachsen
Schützengasse 18, 01067 Dresden

Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V.
Kulturbüro Sachsen e.V.
Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung, Leipzig
Studierendenrat der TU Dresden, Referat für Politische Bildung

Schriften zur Demokratie

GIBT ES EXTREMISMUS?

**Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung
mit Neonazismus und (anti-)demokratischen Einstellungen**

INHALT

Grit Hanneforth/ Michael Nattke/ Stefan Schönfelder

Einleitung 5

Teil I

Der Fächer des Bösen – Was wir mit Extremismus alles zu meinen meinen.

Gero Neugebauer

Der Extremismusansatz aus wissenschaftlicher Sicht 11

Petra Schickert

Der Extremismusansatz aus Sicht der Mobilen Beratung für Demokratie 17

Miro Jennerjahn

Der Extremismusansatz aus politischer Perspektive 21

Daniela Kahls

Der Extremismusansatz aus Sicht der Medien 25

Teil II

Extremismus – eine Alternativlosigkeit oder Kapitulation vor der Gewohnheit?

Stefan Kausch

Ordnung.Macht.Extremismus. – Eine Alternativlosigkeit? 29

Doris Liebscher

Naziproblem und «Rechtsextremismus-Dilemma».
Der Antidiskriminierungsansatz als Ausweg. 43

Einführung

Am 29. Januar 2010 veranstaltete Weiterdenken in Kooperation mit dem Kulturbüro Sachsen e.V., dem Forum Kritische Rechtsextremismusforschung und dem Referat für Politische Bildung des Studierendenrates der TU Dresden die Tagung «Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und (anti-)demokratischen Einstellungen».

Die Veranstaltung fand in der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung in Dresden statt und ist auf eine unerwartet große Resonanz gestoßen. Die vorliegende Publikation soll die Ergebnisse der Tagung dokumentieren und langfristig nutzbar machen.

Die titelgebende Frage «Gibt es Extremismus?» war und ist eine kleine Provokation. Der Begriff ist allgegenwärtig und die Diskussionen um seine Sinnhaftigkeit sind virulent. Sowohl im politischen Raum, wie auch in Zeitungen, im Radio, im Fernsehen oder im privaten Gespräch entfaltet er seine Wirkmächtigkeit. Beispiele dafür sind die Intensität der Diskussionen über die Erweiterung der Ziele der Bundesprogramme auf alle Extremisten durch die Bundesfamilienministerin Kristina Schroeder oder die Kontroversen über die Aktionsformen des Widerstandes gegen Europas größten Neonazi-Aufmarsch am 13. Februar in Dresden. Das große Interesse an unserer Tagung und der gestellten Frage bestätigt dies.

Die Veranstalter der Tagung «Gibt es Extremismus?» einen zunächst zwei Dinge:

Einerseits streben wir eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft an, die auf der tiefen Überzeugung der Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller Menschen beruht und deren Grundrechte anerkennt. Andererseits eint uns die gemeinsame Erfahrung, dass dieses Menschen- und Gesellschaftsbild am deutlichsten von einem Phänomen angegriffen wird, dass wir meistens Rechtsextremismus nennen.

Der Begriff des Extremismus wurde ab 1974 in den Bundesverfassungsschutzberichten verwendet und löste den Begriff des Radikalismus ab. In die Wissenschaft und die Alltagssprache ist er medial verstärkt ab 1980 über die Bundeszentrale und die Landeszentralen für Politische Bildung transportiert worden. Durchgesetzt hat er sich erst in den letzten 20 Jahren.

Als das Kulturbüro Sachsen e.V. im Jahr 2001 seine Mobile Beratungsarbeit zur Stärkung einer aktiven demokratischen Zivilgesellschaft im Freistaat aufnahm, war die Ausgangslage schwierig. Es gab nur wenige, die Nazistrukturen, rassistische Einstellungen oder Übergriffe in Sachsen thematisierten. Was damals in den ländlichen Regionen vorgefunden wurde, waren Problembeschreibungen von Betroffenen oder Menschen, die ihre Situation in ihrer Region als unerträglich beschrieben, was die Präsenz von Neonazis im öffentlichen Raum angeht. Von Kommunalpolitiker_innen wurden Beratungsgespräche oft mit der Gretchenfrage eröffnet: Wenn Sie hier bei mir in der Region Rechtsextremismus beschreiben, dann müssen Sie sich auch fragen lassen warum Sie sich dafür interessieren: Kommen sie aus dem linksextremen Spektrum? Damals half eine klare Unterstützung der Arbeit von der Bundesebene, die unsere und die Problemanalyse vieler, dass Sachsen ein Problem mit modernen Nazis, rassistischen,

nationalistischen und völkischen Einstellungen habe, teilte. Heute haben wir die Abwehr gegen die Auseinandersetzung mit dem Phänomenbereich nicht mehr in der Schärfe wie 2001. Die Sensibilität zur Behandlung des Themas hat sich in den letzten Jahren erhöht. Der Extremismusbegriff und seine Wirkmächtigkeit sind geblieben. Eine intensive Beratungsarbeit und die gemeinsame Entwicklung lokaler Problemlösungsansätze ist sehr selten möglich, ohne dass von einzelnen Beteiligten aus dem Gemeinderat, den Sportvereinen, der Kirche, der Schule oder anderen darauf verwiesen wird, dass der Linksextremismus im Dorf ebenfalls ein großes Problem darstelle. Die Frage danach, ob bestimmte Arbeitsansätze auch gegen Linksextremismus wirken steht immer wieder auf der Agenda.

In den letzten Jahren hat sich unser Blick geschärft und wir sehen in unserer Analyse, mehrere Ebenen, die unser Demokratie- und Menschenbild in Sachsen gefährden:

- » Wir sehen so genannte rechtsextreme Gewalt und meinen Gewalt mit rassistischen Motiven, aus Hass gegen alles Fremde, Andere.
- » Wir sehen nazistische Parteien und Organisationen, die Ideologien von Ungleichheit, Unterdrückung und imaginierten homogenen Volksgemeinschaften verbreiten und dafür öffentliche Plattformen suchen und finden.
- » Wir sehen eine neonazistische Jugend-Subkultur, die durch eine ganze Reihe von Konzerten, Demonstrationen und anderen «Events» eine scheinbar attraktive Erlebniswelt für junge Menschen schafft.
- » Wir sehen in Sachsen eine seit Jahren stabile Unterstützung von Naziparteien durch Wählerinnen und Wähler von ca. 5%. Diese Kontinuität basiert auf einer wenigstens teilweisen ideologischen Unterstützung.
- » Und wir sehen nicht zuletzt in Umfragen Einstellungsmuster in allen Schichten und Altersgruppen, die ideologische Bestandteile dieses Phänomens wiedergeben und noch weiter in alle Gesellschaftsschichten hineinreichen:
 - Antiparlamentarismus und Ablehnung der Demokratie,
 - Relativierung des Wesens und der Verbrechen des Nationalsozialismus,
 - Akzeptanz von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung,
 - Sozialdarwinismus,
 - Sexismus,
 - Anstreben homogener Volksgemeinschaften, in denen jede Abweichung beseitigt werden soll und dementsprechend eine
 - Feindlichkeit gegenüber Menschengruppen, die als anders oder fremd definiert werden, dazu gehören Antisemitismus, Rassismus, Islamfeindlichkeit, etc.

Der Begriff des Rechtsextremismus sammelt und vereinfacht und verhindert eine Auseinandersetzung mit den Phänomenen.

Er verwischt das Bild zwischen den brutalen Schlägern, den Ideologen im Landtagsplenum und Einstellungen in allen Bevölkerungsgruppen. Er behindert die Abgrenzung der Gewaltstraftat, die von Ermittlungsbehörden verfolgt und juristisch geahndet werden muss und dem rassistischen Stammtischgespräch, dem wir als aufgeklärte und engagierte Demokrat_innen entgegentreten und dies eben gerade als Demokrat_innen auch nicht an Verfassungsschutz oder Polizei delegieren. Er behindert also unser Rollenverständnis und erschwert eine präzise,

d.h. auch wirksame Auseinandersetzung. Deutlich wird dies auch in der Diskrepanz zwischen den gestellten Anforderungen und den nicht ausgesprochenen Erwartungen an zivilgesellschaftliche Arbeit, die sich zugespitzt in der Frage wieder findet: «Sie arbeiten doch jetzt schon seit über 10 Jahren in Sachsen und die Leute wählen immer noch die NPD: Wie kommt das denn?» Es ist die Frage nach der Wirksamkeit der Arbeit für eine aktive demokratische Gesellschaft und die Beschreibung der Grenzen zivilgesellschaftlicher Anstrengungen: Ein Problem das die gesamte Gesellschaft betrifft wird an eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe delegiert. Damit ist der Auftraggeber selbst nicht mehr für die Lösung verantwortlich. Stellt die Zivilgesellschaft dann kritische Fragen an die «demokratische Mitte» oder politische Strukturen wird sie auf das zu lösende Problem verwiesen – die extremen Ränder – dort liegt das Arbeitsfeld. Der theoretische Ansatz von Extremismus als Randerscheinung der Gesellschaft verdeckt damit die erschreckend weite Verbreitung von antidemokratischen Einstellungen und ideologischen Versatzstücken in der deutschen Gesellschaft.

Noch unklarer als unter der Sammelbezeichnung des Rechtsextremismus, wird die Beschreibung unter dem Sammelbegriff des «Extremismus» an sich.

Die vermeintliche Gemeinsamkeit zweier Phänomenbereiche, Links- und Rechtsextremismus, setzt nicht vereinbare ideologische Hintergründe einander gleich. Es ist nicht zu leugnen, dass z.B. Autoritarismus sowohl in neonazistischen Parteien als auch in marxistisch-leninistischen Kadergruppen zu finden ist. Auf Grund dieser Tatsachen von gemeinsamen Merkmalen des Links- und Rechtsextremismus zu sprechen ist unserer Ansicht nach jedoch verkürzt. Das Konzept stößt an dieser Stelle bereits an seine Grenzen, wenn man anarchistische Strömungen in die Betrachtung einbezieht. Noch schwieriger wird es, wenn man autoritäre Strukturen und Einstellungsmuster vermeintlich demokratischer Parteien und Zusammenhänge thematisiert. Ähnlich verhält es sich mit anderen «gemeinsamen Merkmalen des Extremismus», wie dem Anhängen an Verschwörungstheorien, Utopismus oder Absolutheitsanspruch. Diese sind in vielen gesellschaftlichen Gruppen, wie auch in der «demokratischen Mehrheitsgesellschaft» zu finden, so dass eine Fixierung auf die «Ränder der Gesellschaft» mehr als abwegig erscheint.

Der Extremismusansatz verschleiert die Gewaltorientierung von nazistischen Organisationen und Gruppen unter dem Zerrbild der Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Jugendgruppen. Er verunklart die Relevanz verschiedener antidemokratischer Einstellungen. Er trübt den Blick für die wirkliche Gefährdung für die demokratische Alltagskultur und staatliche Ordnung und behindert die Auseinandersetzung mit antidemokratischen und menschenfeindlichen Einstellungen mehr als er hilft. Es gibt keine wirkungsvollen zivilgesellschaftlichen Konzepte gegen Extremismus, aber sehr wohl gangbare Wege, um Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus oder Sexismus zurück zu drängen. Um die demokratische Gesellschaft gegen ihre Bedrohungen stark zu machen ist es unserer Einschätzung nach notwendig, diese Bedrohungen klar zu definieren, statt sie unter dem Sammelbegriff des Extremismus zu verschleiern.

Der vom Extremismus-Konzept abgeleitete Begriff des «Ausländerextremismus», den offensichtlich nur die Verfassungsschutzbehörden benutzen, zeigt auf zu welcher Verwirrung dieser Ansatz führt. Der Versuch einer Differenzierung zwischen den ideologischen, religiösen oder politischen Motivationen, die hinter demokratiefeindlichen Bestrebungen stehen können, wird bei einer ganz bestimmten gesellschaftlichen Gruppe – hier «die Ausländer» - vollständig aufgegeben und jede Bestrebung dieser Gruppe, egal wie unterschiedlich sie auch immer sein

mögen, in einen Topf geworfen. Die Konstruktion des Begriffs des «Ausländerextremismus» halten wir nicht nur für absurd, sondern auch für gefährlich. Hier werden ausgrenzende Mechanismen vom Staat selbst reproduziert.

Wir wollten gerade auch als sächsische Einrichtungen diese Debatte führen, weil der Begriff aus der Politikwissenschaft in Sachsen – also insbesondere den Politikwissenschaftlern Uwe Backes und Werner Patzelt in Dresden und Eckhard Jesse in Chemnitz immer wieder theoretisch begründet und in die politische Diskussion eingeführt wird.

Der Begriff «Extremismus» ist für eine wirksame Arbeit für demokratische Kultur in Sachsen hinderlich und als theoretischer Ansatz unzureichend, deshalb unsere Einladung zu dieser Diskussion. Die Frage, ob der Extremismus-Ansatz aus einer nationalstaatlichen Perspektive sinnvoll ist, soll in dieser Publikation nicht abschließend debattiert werden. Wir verstehen uns als nichtstaatliche Akteure, die ihre Arbeit möglichst unabhängig von administrativen Einflüssen eigenmächtig gestalten möchten. Wirkungsvolle zivilgesellschaftliche Arbeit muss sich unserer Auffassung nach von staatlichem Handeln emanzipieren. Wir hoffen auf Grundlage der vorliegenden Publikation auf eine ernsthafte und wirksame Debatte.

Wir werden zunächst einen Bogen spannen von der wissenschaftlichen Tragfähigkeit des Extremismusbegriffes und des -ansatzes hin zu konkreten Auswirkungen auf die politischen Diskussionen, auf aktives Handeln für Demokratie, auf Förderprogramme und auf journalistische Berichterstattung und Kommentierung.

Wir werden konkret in der Analyse der Phänomene und versuchen Alternativen zum Umgang mit dem Extremismusbegriff zu entwickeln.

Wir wünschen uns den ernsthaften Versuch, des gegenseitigen Zuhörens, voneinander Lernens und der Präzisierung gemeinsamer Begriffe und Analysen, um unsere Arbeit für eine demokratische Kultur weiter entwickeln zu können.

Gero Neugebauer wirft in seinem Beitrag zu dieser Publikation einen politikwissenschaftlichen Blick auf die Begriffe, Forschungskonzepte und Forschungsfragen der «Extremismus-Forschung» in der Bundesrepublik. Dabei schlägt er ein Verständnis von Rechtsextremismus vor, welches nicht auf dem Extremismusansatz basiert.

Um die Tragweite des Extremismus-Konzeptes auffächern zu können, wird die Wirkmächtigkeit des Begriffes aus drei relevanten gesellschaftlichen Perspektiven betrachtet. Der Landtagsabgeordnete Miro Jennerjahn gibt die tagespolitischen Debatten in Sachsen wieder, die durch den Rückgriff auf den Ansatz relevant erscheinen. Petra Schickert wird aus Sicht der Mobilen Beratungsteams des Kulturbüro Sachsen e.V. beschreiben, welche Probleme und Verwirrungen die Etablierung des Extremismusansatzes für die zivilgesellschaftliche Arbeit in Sachsen in den letzten Jahren mit sich brachte. Die MDR-Landeskorrespondentin Daniela Kahls zeigt auf, was Medien meinen, wenn sie von Extremismus und/oder Rechtsextremismus sprechen, wie die Nutzung der Begrifflichkeiten zustande kommt und welche Folgen diese Verwendung in den Medien nach sich zieht.

Zwei weitere Beiträge werden unseren Einstieg in die öffentliche Debatte um den Extremismus-Ansatz komplimentieren.

Stefan Kausch vom Forum Kritische Rechtsextremismusforschung wird aufzeigen, wie Ordnung und Extremismus eine konstruktive Beziehung eingehen, aus welcher sich eine Reihe demokratispezifischer Fragen ergeben. Analysiert werden von ihm aktuelle Ordnungs- und Gesellschaftsvorstellungen und historische Verbindungslinien zwischen dem Extremismus-

Modell und eines Social bzw. Political Engineering. Der Extremismus-Ansatz speist sich nach seiner Auffassung aus einem bestimmten Verständnis von Demokratie, welchem er alternative Demokratie-Ideen und eine Alternative zum Extremismus-Konzept entgegen setzen möchte.

Auch Doris Liebscher vom Antidiskriminierungsbüro Leipzig wird ihre Kritik am Extremismus-Ansatzes formulieren. Dabei wird sie den Blick auf zivilgesellschaftliche Akteure richten, die durch ihren Bezug auf Deutungsmuster des Extremismus-Konzeptes, den Ansatz weiterhin wirkmächtig machen. Als Ausweg aus dem Dilemma schlägt Liebscher einen Antidiskriminierungsansatz vor, der die Arbeit für eine offene, demokratische Gesellschaft vom Extremismus-Konzept unabhängig machen würde.

Wir werden mit dieser Publikation keine abschließende Analyse vorlegen können. Wir hoffen auf einen Denkanstoß und wollen als Herausgeber_innen dieser Dokumentation die Diskussion auch zukünftig weiterführen. Dabei wollen wir eine aktive Rolle bezüglich unseres Begriffsverständnisses einnehmen.

So gilt es künftig z.B. genauer zu analysieren, was sich hinter dem Begriff des «Linksextremismus» verbirgt, welche Phänomene, ideologischen Bausteine, vermeintlichen und echten Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die demokratische Kultur können daraus erwachsen.

Unser eigenes Verständnis von einer demokratischen Gesellschaft gilt es zu schärfen und stark zu machen, um mit unserer Arbeit zur Stärkung einer aktiven demokratischen Zivilgesellschaft in Sachsen auch zukünftig erfolgreich zu sein.

Grit Hanneforth ist seit 2001 als Geschäftsführerin im Kulturbüro Sachsen e.V. tätig. Sie hat Kulturwissenschaften und -management studiert und ist Projektleiterin der Mobilien Beratungsteams für Demokratieentwicklung in Sachsen. Letzte Veröffentlichungen: zusammen mit Friedemann Bringt und Danilo Starosta: *Ist der Rechtsextremismus im Osten anders?*. In: Holger Kulick/Toralf Staud (Hrsg.). Das Buch gegen Nazis - Was man wissen muss und wie man sich wehren kann. Köln. 2009.; zusammen mit Friedemann Bringt: *Einschätzungen, Ausblick, Handlungsmöglichkeiten. Ein Nachwort*. In: Heinrich-Böll-Stiftung/Kulturbüro Sachsen (Hrsg.). Gefährliche Liebschaften. Rechtsextremismus im kleinen Grenzverkehr. Berlin. 2008.

Michael Nattke ist seit 2009 Fachreferent für den Wissenschaft-Praxis-Transfer beim Kulturbüro Sachsen e.V., studierte Wirtschaftspädagogik, Politikwissenschaften und Soziologie an der TU Dresden. Befasst sich seit 2002 wissenschaftlich und in ehrenamtlichen Gruppen mit politischen Einstellungen und neonazistischen Strukturen in Sachsen. Letzte Veröffentlichungen: zusammen mit Friedemann Bringt: *Mustergau Sachsen. Moderne Nazis im Freistaat und die besondere Problematik des ländlichen Raums*. In: Friedrich Burschel. (Hrsg.). Stadt-Land-Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz. Berlin. 2010.; *Rechtsextreme Einstellungen von BerufsschülerInnen. Eine empirische Studie*. Dresden. 2009.; *Die NPD-Landtagsfraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich*. In: Stiftung Weiterdenken/ NiP Sachsen. (Hrsg.). Die NPD im sächsischen Landtag. Analysen und Hintergründe. Dresden. 2008.

Stefan Schönfelder hat in Dresden Architektur studiert. Von 1992 bis 1997 war er Landesgeschäftsführer der GRÜNEN LIGA Sachsen e.V. Seit 1999 arbeitet er für Weiterdenken - die Heinrich Böll Stiftung Sachsen, seit Oktober 2007 führt er die Geschäfte der Landesstiftung. Weiterdenken hat zum Thema zahlreiche Veranstaltungen organisiert und Publikationen bzw. Ausstellungen veröffentlicht. Informationen unter www.weiterdenken.de

«Der Fächer des Bösen – Was wir mit Extremismus alles zu meinen meinen». Eine kurze Befassung mit Begriffen und Thesen

1. Der Begriff Extremismus geht auf «extremus» und «extremitas» zurück. Das erste kann mit «äußerst», «entferntest», aber auch mit der «ärgste, gefährlichste, schlechteste, verächtlichste» übersetzt werden. Eine angemessene Übersetzung von «extremitas» ist «der äußerste Punkt, Rand»¹.

Wie man nun umgangssprachlich diesen Begriff verwendet, ist hier nicht das Problem, denn es geht uns um den Begriff des politischen Extremismus, für den es keine allgemein gültige oder akzeptierte Definition gibt. Seine öffentliche Verwendung führt oft zu dem Trugschluss, es handle sich bei Extremismus um einen Rechtsbegriff. Das ist falsch, denn er ist weder in einem Gesetz normiert noch durch eine Gerichtsentscheidung definiert. Als sozialwissenschaftlicher Begriff entzieht er sich einer klaren Definition². In der Regel taucht er hier nur im Kontext der Rechtsextremismusforschung auf. Sozialwissenschaftler mit einer Neigung zur Vereinfachung subsumieren unter dem Oberbegriff Extremismus sowohl Rechtsextremismus als auch Linksextremismus. Das entspricht wiederum dem Sprachgebrauch der Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder sowie der meisten Medien, die damit für ihre Vorgehensweise quasi eine wissenschaftliche Legitimation erhalten.

2. Der amtliche Sprachgebrauch geht von der Vorstellung aus, dass sich das politische Spektrum einer Gesellschaft quasi als Modell auf einer Achse abtragen lässt. Auf dieser werden dann bestimmte Orte abgetragen: die Mitte sowie auf den jeweiligen Enden die Extreme. Das sind dann die Positionen an den Rändern «rechts und links des politischen Spektrums» bzw. «zum Äußersten hin gerichtete politische Strömungen und Bewegungen»³.

1 Vgl. Kurt Möller, Extremismus, in Bernhard Schäfers/Wolfgang Zapf (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen 1998, S. 188.

2 Vgl. Petra Bendel, Extremismus, in: D. Nohlen u. R.-O. Schultze, Lexikon der Politikwissenschaft, 2. akt. u. erg. Auflage, Bd. 1, München 2002.

3 Ebenda, S. 222.



Quelle: Richard Stöss (Anm.6), S.18

Der amtliche Extremismusbegriff definiert die Bewegung weg von den Rändern hin zur «normalen» Mitte als Bedrohung⁵, nämlich als Bestrebungen,

«die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben»⁶.

Grundlage für dieses Verständnis ist die auf den SPD-Politiker Carlo Schmid zurückführbare These von der wehrhaften Demokratie. Danach obliegt es den Institutionen des demokratischen Staates, sich vor Bestrebungen zu schützen, die auf seine Zerstörung abzielen.

Carlo Schmid (SPD) während der Beratungen des Parlamentarischen Rats über das Grundgesetz:

«Soll diese Gleichheit und Freiheit völlig uneingeschränkt und absolut sein, soll sie auch denen eingeräumt werden, deren Streben ausschließlich darauf geht, nach der Ergreifung der Macht die Freiheit selbst auszurotten? ... Ich für meinen Teil bin der Meinung, dass es nicht zum Begriff der Demokratie gehört, dass sie selber die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schafft... Demokratie ist nur dort mehr als ein Produkt einer bloßen Zweckmäßigkeitseitsentscheidung, wo man den Mut hat, an sie als etwas für die Würde des Menschen notwendiges zu glauben. Wenn man aber diesen Mut hat, dann muss man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.»

4 Die acht Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung:

- Menschenrechte
- Volkssouveränität
- Gewaltenteilung
- Verantwortlichkeit der Regierung
- Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
- Unabhängigkeit der Gerichte
- Mehrparteienprinzip
- Chancengleichheit der Parteien einschließlich des Rechts auf Bildung einer Opposition.

5 Klärner und Kohlstruck meinen: «Extremismus verweist sprachlogisch auf einen Gegenbegriff, also auf ‚Normalität‘. so wie ‚Rand‘ nur im Relation zu einer ‚Mitte‘, sinnvoll verwendet werden kann». Andreas Klärner/ Michael Kohlstruck, Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung, in Diess. (Hrsg.)Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg, 2006, S. 13.

6 Richard Stöss, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, 3. Auflage, Berlin 2000, S. 16.

4. Die sozialwissenschaftliche Forschung über politischen Extremismus konzentriert sich ganz wesentlich auf den Rechtsextremismus. Die Zunft ist sich weitgehend darüber einig, warum sie der eindimensionalen Achsenkonstruktion und dem darauf basierenden normativen Extremismusbegriff nicht folgt. Die Gründe dafür sind, dass
- a) diese Konstruktion die politische Struktur nur bedingt abbildet,
 - b) sie der Komplexität der Gesellschaft nicht gerecht wird,
 - c) sie den Extremismus nicht in die Mitte der Gesellschaft stellt, sondern ihn als Randphänomen verortet und schließlich
 - d) sie die - tatsächliche oder vermeintliche - von ihm ausgehende Bedrohung für den Kern der Verfassungsordnung zu seinem Alleinstellungsmerkmal macht.
5. Amtlich wird Rechtsextremismus quasi als Summe der

«...Bestrebungen verstanden, die sich gegen die im Grundgesetz konkretisierte fundamentale Gleichheit der Menschen richten und die universelle Geltung der Menschenrechte ablehnen.»(Verfassungsschutzbericht 2008)

Im Kontext des amtlichen Begriffs sind seine wichtigsten Merkmale:

- a) Nationalismus,
- b) Rassismus,
- c) ein autoritäres Staatsverständnis,
- d) die Ideologie der Volksgemeinschaft

In der Politikwissenschaft sind die Definitionen des Rechtsextremismus, wie sie beispielsweise von Richard Stöss und Gerd Jaschke formuliert sind, weitgehend Konsens. Nach Stöss wird Rechtsextremismus durch völkisches Denken und darauf bezogenes Handeln bestimmt. Jaschke definiert Rechtsextremismus als

«...Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson auszugehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen.»⁷

Seine wichtigsten Merkmale sind:

- e) übersteigter Nationalismus und Großmachtchauvinismus;
- f) Verneinung der universellen Freiheits- und Gleichheitsrechte;
- g) Ablehnung pluralistischer demokratischer Systeme, die auf dem Mehrheitsprinzip und der Volkssouveränität beruhen und
- h) das gesellschaftliche Leitbild der Volksgemeinschaft.

⁷ Hans-Gerd Jaschke, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Positionen – Praxisfelder, Opladen 1994, S. 31.

Rechtsextremismus ist Bestandteil in unterschiedlichen politischen Konzepten; er taucht im Faschismus wie im Neofaschismus, aber auch in deutsch-nationalistischen und in nationalistisch-konservativen Konzepten auf.

6. Der Rechtsextremismus hat zwei Dimensionen: Einstellungen und Verhaltensweisen. In der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur werden Antisemitismus, Autoritarismus, Chauvinistischer Nationalismus, Ethnozentrismus, Pro-Nazismus (Verherrlichung bzw. Verharmlosung des Nationalsozialismus) und Sozialdarwinismus sowie Sexismus zu den rechtsextremistischen Einstellungen gezählt. Chauvinismus als extremer deutscher Nationalismus stößt in der Bevölkerung bundesweit auf 32 Prozent Zuspruch. Danach folgen die Verharmlosung des Nationalsozialismus (29%), Ausländerfeindlichkeit (26%), Antisemitismus (22%), Wohlstandschauvinismus (20%), die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (20%) und der Sozialdarwinismus mit 13 Prozent Zustimmung⁸.

Diese Potentiale werden in Befragungen nach Einstellungen ermittelt⁹. Eine chauvinistische Einstellung wird bei überwiegender Zustimmung zu Feststellungen wie beispielsweise:

- «Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.»
- «Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland» oder
- «Andere Völker mögen wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reichen sie nicht heran.»

konstatiert.

Verharmlosung des Nationalsozialismus manifestiert sich als extremistische Einstellung, wenn der Befragte Statements wie

- «Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.»
- «Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.»
- «Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als einen großen Staatsmann ansehen.»

zustimmt.

Ausländerfeindlichkeit wird in der Zustimmung zu Aussagen wie:

- «Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.»
- «Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.»
- «Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.» deutlich.

8 Vgl. Bodo Zeuner et al., Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Anregungen für die Bildungsarbeit und die politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften, Münster 2007, S. 32 f.

9 Die folgenden Statements finden sich ebenda, S. 30 ff.

Befragte mit antisemitischen Einstellungen stimmen solchen Aussagen wie:

- «Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.»
- «Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.»
- «Die Juden sind nicht ganz unschuldig, wenn sie gehasst und verfolgt werden.»

Wohlstandschauvinisten stimmen einer Aussage wie «Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland» zu. Befürworter einer autoritären Diktatur meinen beispielsweise, dass wir «... einen Führer haben [sollten], der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.» Sozialdarwinisten meinen nicht nur, dass die «Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen» sind, sondern auch dass es «wertvolles und unwertes Leben» geben würde¹⁰.

Eine Verhaltensweise gilt dann als rechtsextremistisch, wenn sie auf der Grundlage eines Programms zielgerichtet erfolgt und wenn es als Protestverhalten Mittel der Provokation ist und/oder dem Ausleben von aggressiven Persönlichkeitsmerkmalen dient¹¹. Die einzelnen Formen solchen Verhaltens unterscheiden sich in Protest und Provokation, Wahlverhalten, Partizipation, Mitgliedschaft und schließlich Gewalt und Terror.

Die beiden Dimensionen sind deutlich voneinander zu unterscheiden, weil sie jeweils einen besonderen Stellenwert und nicht immer gemeinsame Ursachen haben. Sie bilden jedoch gemeinsam den Rechtsextremismus. Das bedeutet, dass zum Beispiel chauvinistische, fremdenfeindliche oder antisemitische Einstellungen allein nicht mit Rechtsextremismus insgesamt gleichgesetzt werden dürfen.

7. Der Verwendung des (amtlichen) Begriffs Extremismus unterliegt oft die Annahme, dass, weil er als Oberbegriff Rechtsextremismus und Linksextremismus umfasse, es inhaltliche Gemeinsamkeiten zwischen Rechts- und Linksextremismus geben würde. Nun machen die Definitionen des Verfassungsschutzes schnell klar, dass die Ziele des Rechtsextremismus generell antidemokratisch sind. In Hinsicht auf den in seinen Zielen grundsätzlich antikapitalistischen Linksextremismus können begründete Zweifel daran geäußert werden, ob Kritik aus den diesem Bereich zugeordneten politischen und sonstigen Gruppierungen gegen den nationalen wie globalen Kapitalismus mit einem extremistischen Angriff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland gleich gesetzt werden kann. Der Einwand kann auch in Bezug auf die oberflächliche antikapitalistische Kritik aus dem Rechtsextremismus erhoben werden¹².

Die unter Rechtsextremismus subsumierten Einstellungen und Verhaltensweisen sind in toto eine Bedrohung des demokratischen Gemeinwesens und der ihr zu Grunde liegenden Werte. Das kann m. E. auch in Bezug auf die Konsequenzen einer Ideologie gesagt werden, die dogmatisch auf Prinzipien des Stalinismus und der Diktatur des Proletariats beruht und irreführend als «links» tituliert wird. Linke Einstellungen nenne ich solche, die nicht allein antikapitalistisch und wohlfahrtsstaatlich, sondern zugleich auch libertär, demokratisch und antiautoritär bestimmt sind. Betrachtet man die aus diesen Kontexten stammenden Vorstellungen über die Strukturen und Regeln der politischen Organisation einer Gesellschaft, dann sind diese gemäß ihren Herkunft und Zielen durchaus unterschiedlich sowohl hinsichtlich

¹⁰ Vgl. Stöss (Anm.6), 2. Auflage, Berlin 2005, S. 26 f.

¹¹ Vgl. Stöss (Anm.6), 2. Auflage, Berlin 2005, S. 26 f.

¹² Vgl. zu Abgrenzungsfragen auch Kurt Möller (Anm. 1), S. 192 f.

des Reflektionsniveaus ihrer Chancen auf Realisierung als auch der ihnen zu Grunde liegenden Einstellungen. Und eine Einstellung, wie sie im «Lied des Autonomen» beschrieben wird, mag vielleicht extrem erscheinen, sie ist es jedoch nicht politisch.

«WENN MILITANT SEIN HEISST, DASS ICH ALLE MÖGLICHKEITEN NUTZE,
DASS ICH JEDEN SCHRITT TUE, UM EIN FÜR ALLE MAL DIE NATÜRLICHE
LEBENSWEISE WIEDER EINZUFÜHREN. WENN DAS MILITANT IST, DANN
BITTE ICH VATER SONNE UND MUTTER ERDE, DASS SIE MIR LEBEN UND STÄRKE GEBEN,
UM VON ALLEN DER MILITANTESTE ZU SEIN».¹³

Gero Neugebauer

Dr. rer. pol., Diplom-Politologe, bis 2006 wissenschaftlicher Angestellter im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Stammer-Zentrum für Empirische Politische Soziologie; jetzt dort Lehrbeauftragter. Forschungsschwerpunkte: Deutsches Parteiensystem, Wahlen; Politisches System. Letzte Veröffentlichungen: *Die Linke - Auf dem Weg zu unbekanntem Ufern*, in: Matthias Machnig/Joachim Raschke (Hrsg.), *Wohin steuert Deutschland. Bundestagswahl 2009. Ein Blick hinter die Kulissen*, Hamburg 2009; *Politische Milieus in Deutschland*. Bonn. 2007; *Extremismus - Rechtsextremismus - Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen*. In: Wilfried Schubarth/ Richard Stöss. (Hrsg.). *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*. Bonn. 2000.

¹³ Republik Freies Wendland. Eine Dokumentation, Frankfurt a. M. 1980, zit. bei Urs Jaeggi, Was auf den Tisch kommt, wird gegessen. Aufsätze, Darmstadt und Neuwied 1981, S. 188 (Sammlung Luchterhand 343).

«Der Fächer des Bösen»

Anmerkungen aus Sicht der Zivilgesellschaft

Erfahrungen aus dem Arbeitsalltag der Mobilen Beratung

1. Vorbemerkungen

Das Kulturbüro Sachsen e.V. ist seit über acht Jahren in der Beratung und Begleitung zum Themenschwerpunkt «Rechtsextremismus» in sächsischen Kommunen tätig. Diese Arbeit ist ursprünglich im Rahmen des Bundesprogramms «Civitas - initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern» entstanden. Diesem Bundesprogramm lag eine Problembeschreibung zugrunde: antisemitische, rassistische und neonazistische Erscheinungen traten in verschiedenen Regionen Deutschlands unterschiedlich stark zu Tage, dabei wurde zunächst der Osten Deutschlands als besonderer Schwerpunkt ausgemacht. Wir standen 2001 vor der Situation, dass wir ausgestattet mit Bundesmitteln in Sachsen tätig wurden, ohne dass es seitens der Landespolitik oder sächsischer Lokalpolitik ein Problembewusstsein gab, hier hatte kaum ein politisch Verantwortlicher, eine politisch Verantwortliche ein Problem! Wer es gewagt hat, um die Jahrtausendwende oder gar vorher rassistische, neonazistische oder antisemitische Erscheinungen zu benennen, galt ausnahmslos als Nestbeschmutzer. Täter-Opfer-Umkehr, Sprüche von «fehlgeleiteten», «fehlerzogenen» Jungs waren an der Tagesordnung.

In unserer Arbeit vor Ort stießen wir auf vielfältige undemokratische Tendenzen bis dahin, dass es insbesondere ländliche Regionen gab, in denen eine rechtsextreme Dominanz im jugendkulturellen Bereich vorherrschte. Sachsen hatte und hat eindeutig ein Rechtsextremismusproblem! Dies so klar zu benennen, war politisch nicht gewollt, gestützt wurde dies durch eine Fachöffentlichkeit in Sachsen, zumindest seitens konservativer Politikwissenschaft. Kritische Stimmen verschaffen sich erst langsam Gehör. Trotz eines erkennbaren Rechtsextremismusproblems begegnet uns in Beratungsgesprächen und Workshops häufig die Position, der Linksextremismus sei viel schlimmer, er sei das eigentliche Problem.

Ist es nur der von der regierenden sächsischen Politik vorgegebene Begriff «Extremismus» oder wurde und wird dieser nicht unhinterfragt vielfach übernommen? Wer füllt wie die Begriffe «Rechtsextremismus», «Linksextremismus», «Extremismus» aus?

2. Beispiele aus dem Praxisalltag

Eine Problemsicht!?

Ein Schulleiter einer Kleinstadt im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge sagt im Rahmen einer «Kontrollberatung zu Aktionen gegen Rechtsextremismus», dass sei nicht sein Problem, er habe eher Probleme mit dem Linksextremismus. Das «Anarchisten-A auf dem Rucksack und die Hundebänder um den Hals der Punks» bereiteten ihm größere Sorgen. Diese Sicht ist angesichts rassistisch motivierter Übergriffe in den letzten Jahren und der hohen NPD-Ergebnisse an Schulen im Ort, übrigens auch an der des besagten Schulleiters, im Rahmen der U18 Wahlen im Jahr 2009 schon erstaunlich.

Ähnliche Erfahrungen konnte ich anlässlich der Klausurtagung eines im sozialen Bereich tätigen Landesverbandes im Frühjahr 2009 sammeln. Unter dem Thema «Wie hilflos sind wir eigentlich - vom Umgang mit extremistischen Erscheinungen», sollte ich über rechtsextreme Erscheinungen in Sachsen referieren und Handlungsmöglichkeiten im Bereich der sozialen Arbeit aufzeigen. Bereits nach wenigen Minuten war einer der Zuhörer der Meinung, das sei nicht richtig, der «Linksextremismus» sei schlimmer. Da Zahlen vom Verfassungsschutz nicht überzeugten, wollte ich die Diskussion in die Pause verlegen. Nach meinem Vortrag führte der Geschäftsführer des Landesverbandes mit folgenden Worten in die Diskussion ein: «Konkrete Problemanzeigen hätten sie zur Aufnahme des Themas veranlasst: den Nationalsozialismus verherrlichende Positionen im Bereich der Altenpflege, eine junge Frau im Freiwilligen Sozialen Jahr, die sich der rechtsextremen Szene zuordnete und ein Jugendclub in Trägerschaft des Vereins, der u.a. vom stellvertretenden Landesvorsitzenden der JN und einem HDJ-Mitglied aufgesucht wurde.

Unkritische Übernahme der Begrifflichkeiten

Im Zuge der Etablierung der Strukturen Steuerungsgruppe und AG Extremismus im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge ging das Wort «Extremismus» in den normalen Sprachgebrauch auch von Menschen über, die das Problem schon mal genauer beschrieben haben. Inhaltlich beschäftigt sich die Runde nahezu ausschließlich mit dem Rechtsextremismus. Einmal erlaubte sich ein Sozialarbeiter die kritische Nachfrage, ob nicht angesichts permanenten Mobbings, rassistischer Sprüche und politisch motivierter Gewalt seitens rechtsextremer Jugendlicher und junger Erwachsener, wie er sie im Schulalltag erlebe, der linke Spruch an einer Hauswand mit der Bezeichnung «linksextremistisch» überbewertet wird. Das wurde nicht weiter diskutiert.

Vorstellung und Diskussion der Hausordnung für den Jugendclub Reinhardtsdorf-Schöna im Gemeinderat

Nach ca. einem halben Jahr intensiver Arbeit unsererseits mit Jugendlichen aus Reinhardtsdorf-Schöna in Vorbereitung der Eröffnung eines neuen Jugendclubs stellten die Jugendlichen die erarbeitete Hausordnung im Gemeinderat vor. In der Hausordnung sollte angesichts der Probleme im Ort, der frühere Jugendclub war ein Treff- und Konzertort der Aufbauorganisation der Skinheads Sächsische Schweiz (SSS-AO), es existiert eine enge Verknüpfung von neonazistischer Jugendszene und NPD, die hier Wahlergebnisse um 25 % erzielt, u.a. stehen: Das rechtsextreme Erscheinungen in Form von Kleidung, Sprüchen, Musik im Jugendclub nicht geduldet werden. In der anschließenden Diskussion meldet sich ein NPD-Gemeinderat zu Wort: Er meinte, wenn «rechtsextremistisch» durch «extremistisch» ersetzt wird, könne auch er damit leben. Dann hätte das «Toten-Hosen-T-Shirt», welches der junge Mann trug,

auch nichts im Club zu suchen, das wäre schließlich, ich zitiere, «das Gegenstück zu unserem Thor Steinar». Eine weitere Diskussion bzw. Stellungnahme demokratischer Vertreter_innen im Gemeinderat kam nicht zustande. (Quelle: Sächsischen Zeitung Pirna vom 23.3.2007)

Der Verein «Vivle Courage» in Mügeln

In Mügeln ist seit 2007, nach dem alltagsrassistischen Überfall auf Inder zum Stadtfest der Verein «Vivle Courage» aktiv, überwiegend junge Menschen, die sich selbst organisieren, ein Haus wieder nutzbar machen, die basisdemokratisch arbeiten. Sie wollen sich mit Erscheinungen von Alltagsrassismus und dem Wegschauen in ihrem Ort nicht abfinden. Im vergangenen Jahr organisierten sie eine antirassistische Woche. In diesem Rahmen sollte auch ein Konzert im Park stattfinden. Den Park bekommen sie von der Stadt nicht. Begründung: Im Park sollen keine politischen Veranstaltungen stattfinden. Im Sommer und Frühherbst letzten Jahres sehen sich die Jugendlichen immer wieder mit einem Mob vor ihrem Haus konfrontiert. Es kommt zu Sachbeschädigungen und erheblichen Bedrohungssituationen. Die jungen Menschen vom Verein werden als linksextremistisch diffamiert. Sind Projekte, die sich basisdemokratisch organisieren und gegen Rassismus, Neonazismus und Antisemitismus in ihren Orten arbeiten gleich linksextrem?

Die Beispiele sind aus unterschiedlichen Bereichen. Schule, Sozialarbeit, Jugendarbeit, Politik habe ich benannt. Die Verwendung des Begriffes «Extremismus» erfüllt dabei unterschiedliche Funktionen. In einigen Thesen möchte ich diese zusammenfassen:

3. Zusammenfassende Thesen

1. Der Begriff «Extremismus» bietet eine Projektionsfläche, um von anderen Problemen z.B. Demokratiedefiziten abzulenken
2. Demokratiedefizite beobachten wir in weiten Teilen Sachsens. Demokratische Meinungsbildung unter Berücksichtigung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen findet in sächsischen Kommunen und Landkreisen nur selten statt.
3. «Extremismus» wird als Kampfbegriff benutzt, um eine politische Hegemonie herzustellen. Ein sehr eingeschränktes Demokratieverständnis, was sich ausschließlich auf den Parlamentarismus und einen starken Staat stützt, wird deutlich.
4. Stigmatisierung als «extremistisch» erspart die Auseinandersetzung vor allem auch mit der eigenen Position.
5. Die so genannte «demokratische Mitte» ist per se gut.
6. Andere Lebensformen, andere Sichtweisen, von eigenen Vorstellungen abweichendes Aussehen bedeuten Konfrontation mit dem Fremden und machen Angst. Die Stigmatisierung als «extremistisch» bringt mir selbst Sicherheit.
7. Antisemitische, rassistische und neonazistische Positionen werden mit dem Begriff «extremistisch» relativiert und verharmlost.
8. Das Motto «Gegen Extremismus» kann sogar die NPD unterschreiben!
9. Das Problem so genau wie möglich zu benennen, die Situation konkret zu analysieren, ermöglicht die Erarbeitung wirkungsvoller Konzepte zur Auseinandersetzung mit antisemitischen, rassistischen und neonazistischen Erscheinungen.

Petra Schickert

Diplom-Sozialpädagogin (FH), Dr. rer. nat.; Seit 2001 Mitarbeiterin im Kulturbüro Sachsen e. V. und tätig in der Mobilen Beratung, in welcher sie – ausgehend von den Erfahrungen lokaler Bündnispartner und mit ihnen zusammen - ortsbezogene Veränderungskonzepte für Demokratieentwicklung und gegen Rechtsextremismus entwickelt. Letzte Veröffentlichungen: *Rechtsextreme Fraktionen in Kommunalparlamenten*. In: Moltenhagen, D./ Korgel, L. (Hrsg.). Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. 2009.; zusammen mit Markus Kemper: *Rechtsextreme Aktionsformen und Strategien in Sachsen*. In: Heinrich-Böll-Stiftung/Kulturbüro Sachsen (Hrsg.). Gefährliche Liebschaften. Rechtsextremismus im kleinen Grenzverkehr. Berlin. 2008.

«Der Fächer des Bösen» Anmerkungen aus politischer Perspektive

Ich werde im Folgenden die Problematik des Extremismus-Begriffs aus politischer Perspektive darlegen. Insbesondere in Sachsen hat die Diskussion einen besonderen Stellenwert, weil die führenden Apologeten der Extremismus-Theorie an sächsischen Universitäten lehren und immer wieder von der CDU als Berater herangezogen werden. Für mich gibt es dabei drei zentrale Aspekte:

1. Der Begriff hat eine geschichtspolitische Dimension und unterschätzt die Verbreitung menschenfeindlicher Einstellungen;
2. Der Begriff impliziert ein problematisches Staats- und Demokratieverständnis;
3. Der Begriff hat Auswirkungen auf tagesaktuelle Debatten.

Geschichtspolitische Dimension

Auch wenn der Begriff des politischen Extremismus neueren Datums ist, hat er doch eine weiter reichende politische Tradition, die sich auf die Frage stützt, woran die Weimarer Republik gescheitert sei. In der Bundesrepublik gibt es die Lesart – und die ist durchaus weit verbreitet – die Weimarer Republik sei an den Verfassungsfeinden von links und rechts zu Grunde gegangen. Das ist eine sehr bequeme Sichtweise. Sie geht nämlich – wie die Extremismus-Theorie heute – davon aus, eigentlich habe es eine demokratische Gesellschaft gegeben, die von links und rechts bekämpft worden sei und der schließlich ungewollt der Nationalsozialismus aufgezwungen wurde. Die Frage, inwieweit denn die Demokratie der Weimarer Republik als Staats- und Gesellschaftsform tatsächlich verankert war, spielt dann nur noch eine untergeordnete Rolle.

Schlimmer noch: Der Aspekt, dass es weit reichende ideologische Schnittmengen von verschiedenen Bevölkerungsteilen und insbesondere dem konservativen und deutschnationalen Spektrum mit dem Nationalsozialismus gab, wird ausgeblendet. Vor dem Hintergrund, dass die NSDAP im Juli 1932 über 37% der Stimmen erhielt und bei den letzten freien Wahlen im November 1932 mehr als 33%, kann man einfach nicht so tun, als habe es die Schnittmengen nicht gegeben. Aus der Wahlforschung heute wissen wir, dass die Wahl einer rechtsextremen Partei nicht trotz deren rassistischen, antisemitischen und anderen menschenfeindlichen Positionen erfolgt, sondern oftmals ideologische Übereinstimmungen mit diesen Positionen zu finden sind. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass dies damals anders gewesen wäre. Der Vorteil der Lesart die Weimarer Republik sei von den Rändern von rechts und links gestürzt worden, bestand für das konservative Spektrum in der Nachkriegszeit und letztlich auch bis heute darin, dass die Frage nach eigener Verantwortung und Schuld am Nationalsozialismus nicht gestellt werden braucht.

Diese Lesart unterschätzt zugleich die Verankerung gruppenbezogener menschenfeindlicher Einstellungen in der Breite der Gesellschaft. Wenn Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie zu Erscheinungsformen eines extremistischen «Randes», mithin also zur bloßen «Randerscheinung» erklärt werden, wird die notwendige Problematisierung ihrer Verbreitung in der «Mitte der Gesellschaft» vernachlässigt. Ein formalistisch-politischer Ansatz, der gesell-

schaftliche Bedrohungen nur anhand der formalen Abweichung von einer gedachten Verfassungstreue der «Mitte» zu erfassen sucht, hat der gesellschaftlichen Wirklichkeit von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie nichts entgegenzusetzen.

Staatsverständnis

Wer einen Blick auf das hinter der Extremismus-Theorie stehende Staatsverständnis wirft, stellt schnell fest, dass es durch und durch etatistisch angelegt ist. Überspitzt formuliert: Weil dem Staat eine demokratische Verfassung zu Grunde liegt, ist in dieser Logik auch jedwedes staatliche Handeln gut. Kritik am Handeln des Staates gerät dann schnell unter den Generalverdacht extremistisch zu sein, weil die Differenzierung zwischen konkretem staatlichen Handeln, das nicht zwingend demokratisch sein muss, und der zugrunde liegenden Verfassung nicht mehr vorgenommen wird. Wir hatten in den letzten Jahren in Sachsen Fälle, dass zivilgesellschaftliche Vereine, die sich gegen Rassismus engagieren und in diesem Zusammenhang im Hinblick auf staatliches Handeln im Umgang mit AsylbewerberInnen von institutionellem Rassismus sprachen, Probleme mit der vom Freistaat gewährten Förderung bekamen. In Frage gestellt wurde in diesem Zusammenhang, ob sich die Vereine auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen würden.

In der Extremismus-Theorie ist also eine Ausgrenzungsfunktion angelegt, bzw. wohnt dem pauschalen Gerede von «dem» Extremismus die Anmaßung inne, die demokratische Mitte zu definieren und jede Abweichung davon als undemokratisch zu brandmarken. Dass eine Demokratie auch von einer politischen Mehrheit bzw. Eliten bedroht sein kann, ohne dass ein grundlegender Systemsturz bevorsteht, kommt in dieser Logik nicht vor.

Letztlich behauptet die Extremismus-Theorie, dass die Mehrheitsbevölkerung in einem demokratischen Verfassungsstaat auch demokratisch gesinnt ist. Empirische Untersuchungen von Einstellungsmustern, die zu anderen Schlüssen kommen, werden ignoriert.

Damit wird eine Übereinstimmung der Mehrheitsbevölkerung mit den Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates konstruiert, was oft zu dem falschen Umkehrschluss führt, dass Positionen, die nicht der «Normalität» der mehrheitlich verbreiteten Einstellungen entsprechen, auch im Widerspruch zur Demokratie stehen. Damit werden aber Werte der demokratischen Verfassung in ihr Gegenteil verkehrt.

Tagespolitische Debatten

Damit bin ich auch schon bei ganz konkreten Folgen für die reale tägliche Politik angelangt. Oft wird die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen zur Stärkung der Demokratie nicht als Selbstverständlichkeit, sondern als obrigkeitstaatlicher Gnadentakt begriffen. Um ein ganz aktuelles Beispiel zu nennen: Familienministerin Köhler hat sich diese Woche im Haushaltsausschuss des Bundestages dafür ausgesprochen, Initiativen gegen Rechtsextremismus, die vom Bund gefördert werden, durch eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz überprüfen zu lassen. Mittlerweile ist sie in der Öffentlichkeit ein Stück zurück gerudert. Dennoch: Die dahinter stehende Logik ist gefährlich. Wer sich gegen Rechtsextremismus engagiert ist links, höchstwahrscheinlich sogar linksextrem und muss überwacht werden. Damit wird aber ein fundamentales Prinzip von Rechtsstaatlichkeit außer Kraft gesetzt: Die Unschuldsvermutung.

In tagespolitischen Debatten kristallisiert sich in aller Regel ein gefährliches Schwarz-Weiß-Schema heraus: Hier die gute Mehrheitsbevölkerung, dort die gefährlichen Ränder. Phänomene wie Alltagsrassismus geraten dabei völlig aus dem Blick oder werden schlichtweg geleugnet. Mehr noch, es wird so getan als sei mit dem Begriff Extremismus alles gesagt. Dann werden in einem

Atemzug Links- und Rechtsextremismus genannt, meist wird auch noch Islamismus mit eingearbeitet, so als sei alles das gleiche und alle Probleme gleich groß, ohne nach den Ursachen und ideologischen Unterschieden der einzelnen «Extremismen» zu fragen, deren genaue Betrachtung aber für die Entwicklung tragfähiger Gegenstrategien enorm wichtig wäre.

Der Chef der Sächsischen Staatskanzlei Dr. Johannes Beermann hat dies jüngst wieder einmal vorexerziert, als er NPD und die Partei Die Linke im Kampf gegen Extremismus in einem Atemzug nannte und damit faktisch gleich stellte. Das verkennt die Realität. Die NPD ist eine Partei, die die Würde aller Menschen in Frage stellt und die Demokratie beseitigen will. Niemand muss die Partei Die Linke mögen, genauso wenig wie man je nach politischem Standpunkt CDU, FDP, SPD oder DIE GRÜNEN mögen muss, aber die genannte Gleichsetzung ist schlicht falsch.

Eine solche Lesart hat selbstverständlich auch Konsequenzen darauf, wie die Antworten auf das Problem «Extremismus» ausfallen. Die folgende Aussage aus dem Landtagswahlprogramm der CDU aus dem Jahr 2009 ist da idealtypisch: *«Die Bedrohung Deutschlands und damit auch Sachsens durch den weltweit operierenden islamistischen Terrorismus ist ernst zu nehmen. Deswegen sind die eingeleiteten Maßnahmen, wie die Einrichtung eines Mobilen Einsatzkommandos ‚Staatsschutz‘, fortzuführen. Wir sagen dem Rechts- wie dem Linksextremismus den Kampf an.»*

Ich persönlich finde schon allein die Reihenfolge der Nennungen bizarr. Natürlich ist es wichtig auch über das Thema internationaler Terrorismus zu diskutieren und dessen Konsequenzen für Sachsen. Bislang war Islamismus in Sachsen jedoch kein sehr großes Problem, Rechtsextremismus hingegen ist in manchen Regionen durchaus zu einer beinahe alltäglichen Bedrohung geworden.

Ich hatte zum Punkt Staatsverständnis darauf verwiesen, dass ich den Extremismus-Begriff für autoritär-obrigkeitsstaatlich aufgeladen halte. Und genauso fallen in der Regel die Antworten aus. Das Zitat aus dem Landtagswahlprogramm hat auch das schon angedeutet. Meist wird mit einem autoritären Reflex geantwortet. Auch das können wir derzeit in Sachsen beobachten. Als Antwort auf den jährlichen Nazi-Aufmarsch in Dresden wird mit einer Einschränkung der Versammlungsfreiheit geantwortet, die im konkreten Fall nicht nur höchstwahrscheinlich verfassungswidrig ist, sondern auch keinen einzigen Nazi-Aufmarsch verhindern wird. Zugunsten reiner Symbolpolitik werden zentrale Freiheitsrechte, die selbstverständlich und so schwer das in der konkreten Situation zu ertragen ist, auch den Feinden der Demokratie zustehen, beschnitten. Schlimmer noch: Derzeit wird systematisch versucht, Gegenaktivitäten wie eine angestrebte Blockade der Nazi-Demo zu kriminalisieren.

Antworten

Ich habe mich bemüht zu zeigen, dass der Extremismus-Begriff und dessen Konsequenzen höchst problematisch sind. Aber was resultiert daraus?

Zuallererst wäre eine Abkehr von der fatalen Logik, das Gegenteil von Rechtsextremismus sei Linksextremismus, notwendig. Rechtsextremes Denken besteht im Kern aus einer Ideologie menschlicher Ungleichwertigkeit, die biologisch begründet wird. Daraus abgeleitet werden die allgemeinen Menschenrechte in Frage gestellt. Der Gegenpart rechtsextremer Ideologie besteht somit in einer Betonung und Stärkung von Menschenrechten und der Stärkung des Gedankens, dass alle Menschen gleich an Rechten sind. Das sind Werte die sowohl konstitutiv für das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sind, als auch für die Verfassung des Freistaats Sachsen. Das Gegenteil von Rechtsextremismus lautet somit nicht Linksextremismus, sondern Demokratie. Wir wären ein großes Stück weiter, wenn Debatten künftig unter dieser Prämisse geführt würden.

Daraus resultiert auch, die Debatte insgesamt in eine andere Richtung zu lenken. Genauso wie die Weimarer Republik vor allem an der mangelnden Verankerung der Demokratie in der Bevölkerung gescheitert ist, beruht die gegenwärtige Stärke vor allem der extremen Rechten in Sachsen auf einer Schwäche der Demokratie.

Eine ernsthafte Debatte, darf also nicht dabei stehen bleiben, politische Ränder zu markieren, sondern sie muss die Frage nach der gesellschaftlichen Verankerung der Demokratie und deren zentraler Werte stellen und sie muss tatsächliche oder vermeintliche Demokratiedefizite thematisieren. Das betrifft auf der einen Seite die Verbreitung menschenfeindlicher Einstellungsmuster, auf der anderen Seite aber auch die Frage, wie weit die Bürgerinnen und Bürger von Seiten des Staates ernst genommen und im politischen Prozess mitgenommen werden.

Nachtrag

Mit der Kritik des Extremismusbegriffs wird oft – nahe liegender weise – die Forderung verbunden, auch auf den Begriff des «Rechtsextremismus» zu verzichten. Gleichwohl verwenden auch ich alltagssprachlich dieses Wort, ohne im gleichen Atemzug die «Extremisten von links» nennen zu müssen. «Rechtsextremismus» fungiert dann als Sammelbegriff für

- » autoritäre, antidemokratische Einstellungen
- » einen völkischen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus
- » weitere menschenfeindliche Einstellungen, die auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen beruhen, wie Sexismus und Homophobie
- » Antiindividualismus und Ablehnung des gesellschaftlichen und politischen Pluralismus.

Nicht alle, die diesen Einstellungen ganz oder teilweise anhängen, sind Nazis. Der Begriff «Nazismus» ist als Sammelbegriff also ungeeignet. Der Begriff «Faschismus» erst recht!

Insofern spiegelt die unbefriedigende alltagssprachliche Praxis auch den Umstand, dass es auch den KritikerInnen des Extremismusbegriffs bislang noch nicht gelungen ist, einen adäquaten Ersatz zu schaffen.

Miro Jennerjahn

Politikwissenschaftler, hat freiberuflich in der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung gearbeitet, u.a. für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Diakonie, mdr, Weiterdenken - Heinrich-Böll- Stiftung Sachsen, hatte Lehraufträge an der FU Berlin und war 2006 bis 2009 Projektkoordinator beim Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. Wurzen. Seit 2009 ist er Landtagsabgeordneter in der Fraktion Bündnis90/Die Grünen. Letzte Veröffentlichungen: *Die NPD in Sachsen nach den Stadt- und Gemeinderatswahlen 2009*. Dresden. 2009.; *Programme und Projekte gegen Rechtsextremismus vor Ort – Das Fallbeispiel Wurzen*. In: Stephan Braun u. a. Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden. 2009. *Kreistagswahlergebnisse der NPD in Sachsen 2004 und 2008: Verfestigung oder Schwächung der Partei?* In: Stiftung Weiterdenken/NiP Sachsen. (Hrsg.). Die NPD im sächsischen Landtag. Analysen und Hintergründe. Dresden. 2008. *Neue Rechte und Heidentum. Zur Funktionalität eines ideologischen Konstrukts*, Frankfurt am Main u. a. 2006.

«Der Fächer des Bösen» Anmerkungen aus Sicht der Medien

Was meinen Journalisten, wenn sie von Extremisten sprechen oder schreiben? Was verstehen Journalisten unter Rechtsextremisten, Neonazis, Skinheads? Schaut man sich entsprechende Artikel an (oder hört entsprechende Radio – bzw. TV-Beiträge), dann wird schon auf den ersten Blick klar, dass Journalisten mit diesen Begriffen höchst unterschiedlich umgehen. So wenig wie es in der Politikwissenschaft unumstrittene Wortdefinitionen in diesem Bereich gibt und so wenig es gesamtgesellschaftlich einen klaren, unmissverständlichen Umgang mit Begriffen rund um Extremismus gibt, so diffus stellt sich das Begriffsfeld in den Medien dar.

Das ist natürlich in gewissem Sinne problematisch, denn bildlich gesprochen beißt sich hier die Katze in den Schwanz. Wenn schon gesamtgesellschaftlich angesichts der sprachlichen und inhaltlichen Bandbreite rund um Extremismus-Begriffe eine gewisse Verwirrung und Unschärfe zu verzeichnen ist, so könnten - zumindest theoretisch - wenigstens die Medien helfen zu sortieren und damit für Klarheit sorgen. Doch diese Aufgabe erfüllen die Medien nicht.

Und dafür gibt es meiner Meinung nach fünf Gründe:

1. Strukturelle Gründe

Viele Redaktionen, vor allem die der großen Regionalzeitungen, der bundesweiten Zeitungen und die der ARD-Sender, sind relativ groß, das heißt, sie beschäftigen viele Mitarbeiter. Und diese Mitarbeiter sind meistens nicht auf einen Ort, die Zentrale, konzentriert, vielmehr sitzen die Korrespondenten und Autoren in vielen verschiedenen Städten. Das heißt, es gibt höchst selten Zusammenkünfte, auf denen einen Großteil der gesamten Redaktion sich über grundlegende Regeln für alle verständigen könnte. (Grundlegende Debatten und Reflektionen über das Programm oder die Zeitung lassen sich telefonisch nun einmal schlecht anstellen.)

Nehmen wir als Beispiel das Nachrichtenradio MDR Info. Der Sender beschäftigt rund 200 feste und freie Mitarbeiter. Die Zentrale des Radioprogramms ist in Halle, hier wird also die Sendung gefahren, hier finden die Konferenzen statt und hier sitzt auch die Redaktionsleitung. Dem Programm, das 24 Stunden am Tag nur Wortbeiträge sendet, arbeiten jedoch Autoren und Korrespondenten aus der ganzen Welt zu. Selbst im Sendegebiet, also in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, sitzen die Beitragsmacher an vielen verschiedenen Orten, zum Beispiel in Dresden, Magdeburg und Erfurt – ganz zu schweigen von dem eigenen MDR-Hauptstadtbüro in Berlin. Man kann sich also vorstellen: all diese Programm-Macher zu einem Termin an einem Ort zu vereinen, dürfte ein schwieriges Unterfangen werden.

Wenn also eine Redaktion wie die von MDR Info sich nicht auf einer Konferenz darüber verständigen kann, wie man mit solchen Begriffen wie Rechtsextremismus etc. umgehen will, dann könnte es doch entsprechende Redaktionsanweisungen geben – mag man berechtigterweise einwenden.

Tatsächlich gibt es für viele das Programm betreffende Fragestellungen konkrete Anweisungen, die bei MDR Info in einem sogenannten Stylebook zusammengefasst sind. Dieses Stylebook ist allen Mitarbeitern zugänglich. Darin wird genau das Format des Programms beschrieben, beispielsweise die Stundenuhr, die Länge von Beiträgen, die Ansprechhaltung gegenüber dem Hörer. Aber einzelne Formulierungen sind nicht geregelt. Warum nicht?

Ein wichtiger Grund ist sicherlich, dass in der täglichen Arbeit die Redaktionsleitung keine Notwendigkeit sehen wird, festzulegen, was genau mit Rechtsextremismus etc. gemeint ist. Denn: wo kein Kläger, da kein Richter. Will heißen: im journalistischen Umgang mit Begriffen rund um Extremismus hat sich ein Status Quo herausgebildet, der irgendwie schon funktioniert. Manchmal mag eine Formulierung in einem Beitrag vielleicht etwas verwirrend sein oder der eine Autor den Begriff Neonazi in einem anderen Zusammenhang verwenden als ein anderer Autor – aber das sind doch eher kleine Irritationen, die sich (wie es im Radiodeutsch so schön heißt) «eh versenden» und die kein Eingreifen eines Chefredakteurs nötig machen.

2. Redaktionsabläufe

Dass jeder Autor also mehr oder weniger entsprechend seinem eigenen Sprachgefühl über einen Eklat der NPD im sächsischen Landtag, eine neonazistische Demonstration oder ausländischerfeindliche Übergriffe berichtet, wird zusätzlich noch durch Redaktionsabläufe begünstigt.

Denn meist beschließt (zumindest in einem tagesaktuellen Medium) eine Konferenz in der Zentrale entsprechend der Nachrichten - und Terminlage welche Themen wie besetzt werden. Die Autoren, zumal diejenigen die nicht in der Zentrale lokalisiert sind, werden meist kurz über «ihr» Thema informiert. Das läuft oft stichwortartig ab, nach dem Motto: «Da gab es mal wieder Übergriffe von Rechten in der Stadt XY, mach doch mal etwas darüber!»

Mit einer Vorgabe dieser Art muss natürlich jeder Autor seinen eigenen inhaltlichen und sprachlichen Zugang zu dem jeweiligen Thema finden.

3. Journalistenpersönlichkeit

Und da Journalisten auch nur Menschen sind – noch dazu oftmals etwas spezielle – fällt die Umsetzung ähnlicher Themen durchaus unterschiedlich aus. Der eine mag beispielsweise von einer Neonazi-Demonstration sprechen, der andere von einer rechtsextremistischen Demonstration – und beide reden von derselben Veranstaltung. Oder der eine spricht von Linksextremisten, der andere von Linken – und beide meinen dieselbe Menschengruppe.

Dieses sprachliche Verhalten beschränkt sich ja im Übrigen nicht nur auf Journalisten. Auch unter Politikwissenschaftlern, Historikern, Politikern und vielen anderen werden wie oben schon aufgeführt die Begriffe im Extremismus-Bereich unterschiedlich verwendet.

Zurück zum Journalismus: Prinzipiell ist dagegen auch nichts einzuwenden, dass in journalistischen Texten die Persönlichkeit des jeweiligen Autors auch sprachlich durchschimmert. Eine zu große Gleichförmigkeit wäre schnell langweilig.

Ohnehin würden viele Journalisten sich wahrscheinlich höchst ungern in ein sprachliches Korsett pressen lassen. Viele Journalisten sehen sich – sicherlich in unterschiedlichem Maße – heimlich ein wenig als «Freigeister. Und wenn nun jemand sprachliche Wendungen quasi von oben herab festlegen würde, die zu benutzen sind und andere mit Tabus belegen würde, dann würde das wohl nicht nur auf Gegenliebe stoßen.

Aber in diesem Themenfeld des Extremismus sorgt die Individualität der Autoren und der damit einhergehende uneinheitliche sprachliche Umgang eben für eine gewisse Begriffsdiffusität.

4. Bedarf nach kategorisierenden Begriffen und Synonymen

Diese wird zusätzlich noch durch allgemeine journalistische Gepflogenheiten befördert. Um Texte abwechslungsreich zu gestalten, verwenden Journalisten gerne Synonyme. Wenn man beispielsweise ein Porträt über einen Ministerpräsidenten schreibt, wird man einmal vom Ministerpräsidenten sprechen, dann vom Landeschef, dann vom ersten Mann im Staate usw.. Ähnlich verfahren Journalisten häufig mit Begriffen rund um Extremismus. Nur um es sprachlich interessanter zu machen, wird ein Autor eines Textes mal von Neonazis, mal von den Rechten, mal von den Rechtsextremisten sprechen - und dabei dieselben Personen meinen. Das Problem dabei ist: diese Begriffe werden oft als Synonyme verwendet, sind aber streng genommen gar keine.

Desweiteren bedienen Journalisten sich besonders in der Berichterstattung über Rechtsextremismus gerne Kategorisierungen. So wird über die NPD oft mit dem zusätzlichen Adjektiv rechtsextremistisch oder neonazistisch berichtet. Wie oft wird im Vergleich von der liberalen FDP oder den ökologisch-orientierten Grünen geschrieben? In diesen Fällen werden solche einordnenden Zusätze nur in inhaltlich begründeten Ausnahmefällen verwendet, bei der NPD hingegen ist es fast ein Automatismus.

Ein weiteres Beispiel für diese Kategorisierungen sind Personen-Zusätze. Besonders häufig findet man diese in der Berichterstattung über den sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel. Vor seiner Namensnennung findet man zahlreiche Einordnungen wie der rechtsextreme Jürgen Gansel, der Chefideologe, der braune Historiker, der rechte Vordenker und so weiter. Kaum ein anderer Politiker wird in der Berichterstattung mit so vielen Attributen ausgestattet. Bei der Fraktionsvorsitzenden der Grünen im sächsischen Landtag, Antje Hermenau, beispielsweise wird der Zusatz Finanz-Expertin verwendet, ansonsten wird sie eben als Fraktionsvorsitzende tituliert. Gleiches gilt für die Vorsitzenden der anderen Landtagsfraktionen. Das heisst, für die Vertreter aller anderen Parteien werden vor allem Funktionsbeschreibungen verwendet, bei der NPD hingegen kommen oft noch zusätzliche Kategorisierungen ins Spiel.

Die Gründe dafür sind sicherlich vielschichtig. Ein Grund dürfte sein, dass viele Medien in der Berichterstattung über Rechtsextremismus Sorge haben, ungewollt zum Podium für rechtsextremistische Positionen zu werden. Diese Kategorisierungen dienen in diesem Kontext zum einen als eine Art «Warn-Hinweis» für die Rezipienten und zum anderen als Mittel der Distanzierung.

5. Begriffsfeld selbst ist sehr disparat

Von diesen Medien-internen Gründen für einen uneinheitlichen Umgang mit Extremismus-Begriffen in den Medien einmal abgesehen, liegt diese Begriffsdiffusität auch in der Sache begründet. Denn das gesamte Begriffsfeld ist nun einmal sehr umfangreich und vielfältig und die Trennlinien sind auch bei genauer Betrachtung nicht immer scharf zu ziehen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Wenn man von der Annahme ausgeht, dass die NPD eine rechtsextremistische Partei ist, sind dann alle Wähler der NPD auch Rechtsextremisten oder einfach

nur «Rechte» oder nichts dergleichen? Sind Mitglieder der NPD Rechtsextremisten, Neonazis, NS-affin, Antisemiten, homophob, Nationalisten? Und was ist mit den Rechtspopulisten, Freien Kräften, Autonomen Nationalisten, Skinheads und Kameradschaften? Und wie sieht es zu guter Letzt bei «den Linken» aus? Was sind Linksextremisten, Autonome, Antideutsche, Antiimperialisten, Antifaschisten? Man sieht also: viele Begriffe, viele Fragen.

Aber dennoch wählen Journalisten natürlich nach bestimmten Kriterien aus, welche Begriffe sie nun verwenden. Wie bereits aufgezeigt, wird diese Auswahl immer im gewissen Maße individuell sein. Nichtsdestotrotz gibt es jedoch einige Handlungsmuster für die Begriffsauswahl im Extremismus-Bereich in den Medien.

In der Praxis zeigt sich, dass die Vorgaben der Interviewpartner für die Begriffsauswahl eine große Rolle spielen. Oft werden in der Berichterstattung über Extremismus staatliche Stellen wie der Verfassungsschutz, das Innenministerium oder die Polizei zitiert. Die Art und Weise wie hier mit den Begriffsfeldern umgegangen wird, spiegelt sich dann entsprechend in der jeweiligen Berichterstattung wider.

Gleiches gilt im Übrigen für Politiker, die auch oft Interviewpartner in diesem Themenfeld sind.

Interessant wäre sicherlich eine Untersuchung, inwiefern sich die verwendeten Terminologien ändern, wenn Initiativen gegen Extremismus als Gesprächspartner ins Spiel kommen. Eine solche Untersuchung kann jedoch an dieser Stelle nicht geleistet werden.

Daniela Kahls

Studium Diplom-Journalistik/Germanistik an der Universität Leipzig, 2001 Axel-Springer-Preis für junge Journalist_innen. Seit 2002 ist sie Sachsenkorrespondentin für MDR INFO und hat in der Vergangenheit kontinuierlich über neonazistische Strukturen im Freistaat berichtet. 2006 erhielt sie den Kurt-Magnus-Preis der ARD für ihre Berichterstattung über Rechtsextremismus

Ordnung. Macht. Extremismus - eine Alternativlosigkeit?

Über die Gesellschaft der «guten Mitte» und alternative Politik- und Analyseperspektiven

*«Gewiß ist die Existenz politischer Extremismen in einer Demokratie eine Normalität»
(Uwe Backes/Eckard Jesse)*

*«Uneinigkeit ist doch die Dynamik der Demokratie»
(Kurt Westergaard)*

Einleitung: Ordnungsmacht Extremismus, Demokratie und «das Politische»

Ordnung macht Extremismus¹. Dieser in der politischen Auseinandersetzung mit und der Kritik am «Extremismus»-Modell von Wirklichkeit nicht sehr häufig nachgezeichneten Problemkonstellation möchte ich in diesen Ausführungen Raum geben. So soll anhand von drei Themenschwerpunkten umrissen werden, wie Ordnung und Extremismus miteinander eine fruchtbare Beziehung eingehen konnten. Dabei werden an diese Beziehungsgeschichte demokratieperspektivische Fragen gestellt, um den Vereisungstendenzen des Politischen entgegen zu wirken.

In einem ersten Schritt betrachte ich aktuelle Ordnungs- und Gesellschaftsvorstellungen in einem «Extremismus»-Fokus. Zweitens versuche ich, historische Verbindungslinien eines Social bzw. Political Engineering mit dem Extremismusmodell nachzuzeichnen. Drittens möchte ich auf alternative Demokratieideen unter dem Stichwort «Konfliktgesellschaft», sowie auf Alternativen zum «Extremismusansatz» eingehen.

Wie sicher feststellbar ist, kreisen diese drei eben benannten Schwerpunkte um die vier Begriffe «Ordnung», «Extremismus» sowie «Demokratie» und «das Politische». Diese Begriffe erscheinen mir als zentrale Leitplanken, um Gesellschaft zu beschreiben und ihre Wirklichkeit zu konstituieren. Dies meint, dass es im politischen, wie auch im Alltagsverständnis der Gesellschaft ohne diese Begriffe an zentralen Leitbildern mangeln würde, um politische Phänomene und Probleme wahrzunehmen und in Handlungen zu übersetzen. Damit sind die folgenden Ausführungen nicht einfach als theoriepolitische Sandkastenspiele zu verstehen, sondern sie möchten Anregungen dazu geben, wie einer Realität extremistischer Perspektiveinschränkung andere Vorstellungen «des Politischen» und demokratischer Alternativen hinzugefügt werden können.

1 Der Titel und diese Ausführungen stehen in inhaltlicher Nähe zum Workshop «Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismusbegriffs» der vom 20.-21.11.2009 in Leipzig statt fand. Der Vorbereitungsgruppe aus dem FKR sowie den Teilnehmer_innen bin ich für viele gedankliche Inspirationen und Irritationen sehr dankbar. Diese Ausführungen nehme ich selbstverständlich «auf meine Kappe». Trotzdem sind diesen Gedanken und ihren Entwicklungslinien sehr wohl kollektive Produktionsweisen und -Prozesse vorausgegangen. Vgl. www.ordnungmachtextremismus.de

Die zwei Hintergrundannahmen der Ausführungen spiegeln sich in zwei Lesarten des Titels «Ordnung. Macht. Extremismus». Die erste Annahme ist – wenn man das «macht» in der Überschrift klein liest: Ordnung bzw., genauer, das vorherrschende Ordnungsdenken in unserer Gesellschaft ist nicht nur in der Lage, Extremismus immer und immer wieder zu (re-) produzieren (ich komme noch darauf zu sprechen, was ich damit meine). Sondern meine These lautet, einen analytischen Schritt weiter gehend: Diese Ordnung und das damit verwobene Ordnungsdenken und -Handeln sind quasi von dieser Begrifflichkeit «Extremismus» abhängig. So wie Süchtige «vom Stoff» abhängig sind, so wirken die Ordnungsverfechter «der freiheitlich demokratischen **Grundordnung** (FdGO)»², der «streitbaren Demokratie» (vgl. exemplarisch Backes/Jesse 1996: 461ff.), des «gemäßigten» politischen Spektrums, des «Minimalkonsens» (ebd.: 460), «der guten Mitte»³ usw. abhängig von der Produktion von «Extremismen» (vgl. hierzu auch die Ausführungen von Gero Neugebauer in dieser Publikation). Ordnung erschafft also erst Extremismus, so eine meiner Vorannahmen, die es später ausführlicher zu sezieren gilt.

Der zweiten Lesart nach kann das Wort «Macht» zwischen Ordnung und Extremismus groß geschrieben verstanden werden. Dann meint der dadurch entstehende Kontext folgendes: Machtverhältnisse und Machtfragen – gerade im Zusammenhang mit einer politischen und gesellschaftskritischen Betrachtungsweise – führen uns zu den Grenzziehungen und Machtstrukturen von Gesellschaft. Das heißt einerseits zu überlegen, welche Machtverhältnisse in einer gesellschaftlichen Ordnung eingeschrieben sind – und wie sich diese Machtverhältnisse auch in unser sprachlichen und epistemologischen «Ordnung der Dinge» (Foucault 1974) widerspiegeln. Zur Verdeutlichung: Wenn ich einen körperlichen Angriff auf ein nichtweißes Mitglied dieser Gesellschaft als «Gewalt» beschreibe, werde ich als Therapie die Reduzierung bzw. Bekämpfung von Gewalt fordern. Wenn ich den gleichen Angriff als einen Ausdruck von «Rassismus» deute, dann werde ich mich mit den Gründen für das rassistische Weltbild des Täters auseinander setzen und diese ggf. bekämpfen wollen (vgl. Terkessidis 2004). In dem Maße, wie dieses Deutungswissen die Gesellschaft beeinflusst, entfaltet es Machtwirkungen. Die Bedingungen und Verhältnisse dieser (Diskurs-)Macht sind selbst von Machtverhältnissen einer Gesellschaft mit beeinflusst.

Andererseits erfordern machtanalytische Perspektiven (Foucault 2005), Positionen von Machterhalt und als Gegenstück die Infragestellung dieses Machterhaltes zu thematisieren. Diese Machtkonstellationen können Herrschaftsmechanismen sichtbar machen und diese Mechanismen gleichzeitig durch Demokratisierungsforderungen und ein anderes Denken des Politischen infrage stellen (vgl. Bröckling/Feustel 2010). Das meint, z.B. ein Spannungsverhältnis aufzubauen zwischen – einerseits – der institutionellen und Herrschaft sichernden Funktion der (repräsentativen) Demokratie, die beispielsweise Parteien und anderen anerkannten Akteuren Machtressourcen sichert und – andererseits – dem politischen Denken, das unabhängig von einer schon vorstrukturierten Demokratieordnung danach fragt, welche Legitimation bestimmte Akteure für sich reklamieren, im Namen des «demos» (z.B. für ein «Gemeinwohl») sprechen zu können. Es bedeutet, Demokratie ohne die vorperforierten Leitplanken von vermeintlichen Sachzwängen und Gewohnheitsrechten zu denken. Dieses Spannungsspiel zwischen Ver- und Entmachtung entwickelt sich zwischen dem Raum der institutionellen Po-

² Vgl. zur juristisch-politischen Auseinandersetzung mit der fdGO u. a. den Band von Denninger (1977)

³ Um den Begriff der (politischen) Mitte analytisch zu sezieren, wäre mindestens ein eigener Beitrag nötig. Hier geht es nur um die Verdeutlichung, dass die Mitte als Diskursfigur, zumal mit der normativen Aufladung der «guten Mitte» versehen, ideal in das Denkschema von Ordnung. Macht. Extremismus passt. Vgl. dazu u. a. <http://www.focus.de/politik/deutschland/die-deutsche-mitte/>, 08.02.2010

litik, sowie Fragen nach Demokratie und dem Politischen als einer Möglichkeit, Politik anders zu denken und zu gestalten.

Hierbei unterscheide ich zwischen a) dem Begriff der Politik und b) dem Begriff des Politischen. Zum Begriff der Politik: Darunter können wir Staatsaktionen und -Appelle, Parteien und Fraktionen, Gesetze und Abstimmungen, Regierungen und Parlamente etc. verstehen (Rancière 1997, vgl. Krasmann 2010: 93f.). Das Politische hingegen fragt u. a. nach den Grundlagen und Vorannahmen dessen, was Politik und Gesellschaft ausmachen könnte, ohne zu einer abschließenden Lösung, ja Ordnung zu gelangen. Im Gegenteil geht es darum, auf den geschichtlichen und politischen Herstellungscharakter von Politik zu verweisen. Und vor allem auf die Schranken (als Beschränkungen) und Fixierungen von Politik zu deuten (vgl. Bröckling/Feustel 2010). Das Politische verweist also auf die Offenheit sozialer, ökonomischer, ja gesamtgesellschaftlicher Regelungen, Instanzen und Institutionen. Es kann sogar diese Regelungen durch seine Unordnung, seine Unplanbarkeit, seine Unkontrollierbarkeit infrage stellen. Und es verweist somit auf die **politischen** Aushandlungsprozesse und Auseinandersetzungen, die diese Ordnungen produzieren (und produziert haben).

1. Ordnungs- und Gesellschaftsvorstellungen

«Extremismus» als ein zentraler Teil des Ordnungsdenkens und «das Politische» stehen also in einem Konfliktverhältnis – wenn wir die eben definierten Behauptungen ernst nehmen. Doch zunächst gilt es der Frage nachzugehen, auf welchen gesellschaftlichen Grundlagen Extremismus und Ordnungsdenken eine so vorzügliche Symbiose eingegangen sind. Deshalb zunächst einige vorgeschaltete Fragen und Überlegungen: Was macht die Attraktivität und geradezu perfekte Funktionsweise des Begriffs «Extremismus» aus? Wie ist es uns verständlich zu machen, dass wir eine vorherrschende Stellung des Extremismus-Begriffs und seiner gesellschaftlichen Konsequenzen wahrnehmen?⁴ Was hat also «Extremismus» mit unserer Gesellschaft zu tun? Wie stehen «Extremismus», «Demokratie», Ordnung» und das Politische miteinander in Beziehung?

Zunächst in die Gegenwart und zu Fragen nach dem Zustand «der Demokratie». Denn meine Wahrnehmung ist, dass wir es mit einem äußerst problematischen Zustand demokratischer Perspektiven in dieser Gesellschaft zu tun haben. Kurzum: Es scheint ein Stillstand des Demokratischen vorzuherrschen. Es wirkt, als sei die Demokratie eingefroren worden, um sie haltbar zu machen. Zu dieser Wahrnehmung möchte ich drei Fragen diskutieren: Ist Dissens in der aktuellen Politik und der real existierenden Demokratie nicht erwünscht? Was haben wir eigentlich für ein Wunschbild einer Gesellschaft vor uns (vgl. Kausch 2005)? Und damit eng verwoben: wie soll sie funktionieren – unsere Gesellschaft? Zu diesen Fragen möchte ich drei aktuellere Beispiele erläutern.

4 Hier sei nur am Rande darauf hingewiesen, dass es diese gesellschaftlichen Implikationen sind, die das Problem «Extremismus» ausmachen, nicht der Begriff an sich. Kurzum: Es sind die diskursiven Einbettungen – die Einbettungen in gesellschaftliche Wissens- und Politikordnungen – die «Extremismus» zu einem Problem des Politischen und für eine Demokratisierungsperspektive machen.

1.1. Leipziger Stadtwerkeverkauf und Parteidisziplin

In Leipzig wurde vor ein paar Jahren (2007/08) eine heftige politische Auseinandersetzung um den (Teil-)Verkauf der kommunalen Stadtwerke geführt⁵. Die Leipziger SPD entschied sich, diesem Teil-Verkauf zuzustimmen. Wobei die Leipziger SPD hier meint: die Stadtratsfraktion, der OBM (der SPD Mitglied ist), sowie viele Partei-Funktionär_innen, wie auch der damalige Parteivorsitzende von Leipzig.

Ein prominentes SPD-Mitglied – neben genug anderen nicht so prominenten Personen – wollte dieser Privatisierungsposition nicht folgen. Es war Cornelius Weiss, bis 2009 Landtagsabgeordneter seiner Partei, der diesen Konsens nicht mittragen wollte. Er ließ sich auch auf Plakaten der Gegner der Stadtwerkeprivatisierung in der Öffentlichkeit präsentieren. Aus der lokalen SPD gab es genau für diese Position Unverständnis und reichlich Kritik – und als Argumente gegen Weiss wurden ein Ausscheren aus der Parteidisziplin und ähnlich konsensdemokratische Ordnungsrufe hervorgebracht⁶. Die Politik rief: «Hinterfrage den Konsens nicht, halte die Reihen geschlossen! Wir wollen als harmonische, konfliktfreie Partei wahrgenommen werden.» Gefordert wurde aus meiner Perspektive die Unterordnung des Parteisolddaten unter die Parteiräson. Das Bild verweist einerseits auf den Soldaten, der den Befehlen der Führung gehorcht, andererseits auf die «Staatsräson», deren Idee schon aus früheren Jahrhunderten entsprungen ist (vgl. Foucault 2004: 13-48). Diese Staatsräson zielt dabei vor allem auf den Erhalt und die Sicherheit «des Staates».

1.2. «Das Machtwort»⁷

Ein beliebtes Ritual in der Mediendemokratie ist «das Machtwort». Folgendermaßen könnte es zum Einsatz gelangen: Zunächst macht ein_e Politiker_in einen x-beliebigen Vorschlag zu einer Reform oder etwas ähnlichem. Dann wird im Politik- und Blätterwald ordentlich geraschelt und gestritten. Spätestens nach zwei bis drei Tagen kommt dann die Forderung nach dem «Machtwort». Es wird zumeist mit der Kanzlerin und/oder Parteivorsitzenden verbunden – das sind die Idealtypen, die dieses Machtwort äußern sollen bzw. – qua ihrer Autorität – mit den nötigen Machteffekten verbunden überhaupt äußern können. Damit wieder Parteidisziplin herrscht, eine Meinung repräsentiert wird. Damit vor allem bloß kein Streit, Dissens oder ähnlich schlimmes des innerparteilichen Lebens nach außen dringt. Meine Fragen: Ist das «Demokratie»? Und: wo ist hier der politische Moment? In Analogie zum/zur eben schon erwähnten Parteisolddaten_in wird hier z.B. die Unterordnung eines demokratisch und frei gewählten Abgeordneten unter eine Regierungs- und/oder Parteidisziplin eingefordert.

5 Siehe u. a.: <http://www.heldenstadt.de/2007/10/08/informationen-zum-geplanten-verkauf-von-anteilen-der-stadtwerke-leipzig/>, 5.2.2010

6 <http://www.karl-nolle.de/artikel/print/id/8284>, 05.02.2010

7 Vgl. folgende exemplarische Beispiele zur Machtwortforderung: <http://www.zeit.de/1961/10/Wo-blieb-das-Machtwort?page=all>, <http://www.bild.de/BILD/politik/2010/01/11/koalitions-hickhack-hier-laechelt/angela-merkel-die-krise-weg.html>, <http://www.welt.de/politik/ausland/article5537830/Ban-Ki-moon-spricht-Machtwort-beim-Klimagipfel.html>, 06.02.2010

1.3. Extremismus und Kontrolle

Ende Januar 2010 ist eine Forderung der noch recht neuen Familienministerin Schröder an die Öffentlichkeit gelangt: Laut Pressemitteilungen sollen spätestens im Jahre 2011 alle Initiativen und Strukturen, die sich gegen Neonazis, Ideologien der Ungleichwertigkeit, sowie für eine demokratische Gesellschaft engagieren (in Schröder-Sprech: «Rechtsextremismus»-Initiativen) standardmäßig vom Verfassungsschutz überprüft werden⁸.

Das kann in meinen Augen wiederum kaum anders bezeichnet werden denn als eine wunderbare ordnungspolitische Großphantasie. Sie entspringt – um zu spekulieren – vermutlich der Befürchtung von Regierungs- und Ministerialstellen, dass womöglich mit den eigenen «Staats»-Geldern die Feinde eben dieses Staates herangezüchtet werden. Denn wer sich «gegen Neonazismus» engagiert, ist in genügend Augen schließlich selber ein_e «Extremist_in», z. B. weil er/sie die Ordnung der Politik und der kommoden Demokratie einfach so zu stören bereit ist. Und natürlich ist es ebenfalls ein wichtiger Verwaltungswunsch, zu wissen, wen man bei der sog. Extremismusbekämpfung fördert. Frei nach dem Motto: Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser.

1.4. Extremismus und Demokratie: Konsens, Kontrolle und Konfliktgesellschaft

Was haben nun diese drei Beispiele mit «Extremismus» und «Demokratie», mit «dem Politischen» und den Fragen von «Ordnung» zu tun? Es gibt mindestens zwei Verbindungslinien: Genauer sind es meiner Meinung nach zwei Wahrnehmungsebenen der Diskussion über unsere Gesellschaft, die auf den ersten Blick nicht, aber bei genauerem Hinsehen sehr stark miteinander in Berührung stehen. Diese Ebenen sind zum einen die Homogenisierungs- und Konsenswünsche in einer demokratischen Gesellschaft. Zum anderen sind es Kontroll- und Überwachungsbegehren in einer als durch «Extreme» bedroht wahrgenommenen Gesellschaft.

Der Berührungspunkt zwischen diesen Ebenen kann mit der Beantwortung folgender Fragen gefunden werden: In welcher Art und Weise wollen wir (und andere), dass Demokratie und Politik funktionieren? Und was ist, wenn Demokratie und das Politische nicht nach «den Regeln der Macht» sichtbar werden und Handlungen erzeugen?

Wenn es unterschiedliche Standpunkte zum Thema Demokratie gibt, die sich z.B. in einem formellen vs. prozesshaften Verständnis von Demokratie reiben, dann haben wir eine (neue) Konfliktlinie in der Gesellschaft. Dann bleibt den Hütern der Ordnung und der real existierenden Demokratie nur, wieder für Ruhe, Konsens und/oder die Herstellung eben dieser Ordnung zu sorgen. Am besten durch präventive Maßnahmen, wie z.B. die Routine-Kontrolle der Initiativlandschaft bzw. Zivilgesellschaft. Andererseits durch die Produktion und Entfernung der Störungen (der sog. «Extremisten») aus der Gesellschaft.

Den ersten beiden Beispielen aus Leipzig und zum Machtwort liegt ein sehr eng geführter Begriff des Demokratischen zugrunde. Denn was in diesen Beispielen deutlich wird – und wir könnten uns vieler weiterer Beispiele versichern – ist ein auf Stillstand und Gleichschaltung gepoltes Demokratieverständnis. Die Gleichschaltungsmetapher mag überzogen wirken, aber

⁸ <http://womblog.de/2010/02/02/diskriminiert-familienministerin-khler-initiativen-gegen-rechts/>, 09.02.2010

ich möchte sie doch als Irritationsmoment und zur Verdeutlichung nutzen. Mich interessieren die Diffusions- und Abgrenzungsprozesse zwischen dem demokratischen und dem «postdemokratischen» Raum (vgl. Crouch 2008). Meiner Meinung nach sind diese Grenzziehungen keineswegs einfach herzustellen, wie unsere drei Beispiele zeigen: In den dargestellten Vorstellungen von Parteidisziplin, von Machtworten, von Überprüfung und Extremismusverdacht wird aus meiner Sicht ein starres, ja vereistes Demokratieverständnis deutlich.

Hier werden Demokratiehaltungen sichtbar, die sich festen Schritten in eine Konsensgesellschaft bewegen⁹ – oder sich womöglich dort schon angekommen sehen. Nicht zuletzt ist zu befürchten, dass dieses sogar der erste Schritt in mögliche Diktaturgewöhnungsprozesse sein könnte. Diese Konsensgesellschaft will die Konflikte entweder unsichtbar machen (z.B. über das Machtwort), oder sie allein unpolitisch bekämpfen, z.B. über Polizeimaßnahmen, Gesetze, und andere formelle Regelungen¹⁰.

Die mediale Berichterstattung steigt immer wieder in diese Vereisungstaktik mit ein. Zum Beispiel hieß es im Januar 2010 im Tagesspiegel: «Dresden droht Invasion von Extremisten»¹¹. Hier wird ein Bedrohungsszenario erzeugt, in dem böse, gewaltbereite Horden von Gegendemonstrant_innen versuchen werden, Neonazis aus ganz Europa (und wohl sogar darüber hinaus) «friedlich und gewaltfrei»¹² zu blockieren. Dass heißt aber eben auch, dass diese Demonstrant_innen zu politischen Akteur_innen werden. Sie werden durch eine (un)bewusste Nutzung des politischen Raumes demonstrieren und zivilen Ungehorsam leisten. Damit können sie als Störung der normalen Funktionsweise der Politik betrachtet werden (wie in dem Artikel) – und damit konstituieren sie wiederum eine Neuordnung des Politischen – wenn auch nur temporär (vgl. Mouffe 2007).

Die vorherrschende Politik bzw. exakter, die sie verkörpernden politischen Kräfte, stehen dieser Störung des Politischen abwehrend gegenüber, was sich z.B. im Begriff der «wehrhaften Demokratie» manifestiert. Diese Politik will die gesellschaftlichen Konflikte über Gesetze, über Richtlinien, über Verwaltungshandeln behandeln, kontrollieren und ordnen. Dagegen ist aus der Perspektive dieser Ordnungspolitik und ihrer Funktionslogik nichts einzuwenden.

Nur, ebenso wenig wird ein Demokratie denkender und handelnder Mensch behaupten können, dass gegen friedlichen, gewaltfreien Widerstand etwas einzuwenden ist – schon gar nicht gegen einen Aufmarsch von Neonazis. Im Gegenteil, diese Proteste sind politische Akte – und es sind notwendige Klimaerwärmungen des Demokratischen gegen die Eiszeitvorstellungen des Extremismus mit seinem formellen Demokratiebegriff.

9 Vgl. die Argumentation in dem Workshop «Da müsste mal wieder einer hart durchgreifen» - Protesthaltungen an der Grenze zur Befürwortung einer Diktatur v. 05.03.2008 in Berlin, http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf/080305_einl.pdf, 12.02.2010

10 Siehe z.B. die Auseinandersetzung um den Neonaziaufmarsch in Dresden am 13.2.10, bei der das neue Versammlungsgesetz exemplarisch für diese Entpolitisierung des Politischen stehen kann: <http://www.justiz.sachsen.de/smj/download/Versammlungsgesetz.pdf>, 07.02.2010

11 <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Extremisten-Dresden-Jahrestag%3bart122,2996461>, 05.02.2010

12 Vgl. den Aktionskonsens auf http://www.dresden-nazifrei.com/?page_id=590, 15.02.2010

1.5. Wie der Extremismus die Welt sieht

Der Extremismusansatz hat eine ganz andere Weltsicht, eine andere Vorstellung von Gesellschaft. Dieses Gesellschaftsverständnis sei hier kurz skizziert. «Extremismus» funktioniert nur, wenn es eine «gute Mitte» gibt, ein Zentrum, einen Mittelpunkt, einen ausgeglichenen Raum, sowie eine Balance zwischen den sich nach rechts und links abwendenden Rändern (s. o.; vgl. Kopke/Rensmann 2000, Link 1991).

Damit wird für unsere Problemstellung des Demokratischen etwas sehr deutlich. Nämlich, dass eine Vorstellung von unserer politischen Gesellschaft durch den Extremismusansatz geschaffen worden ist, die sich auf eine gemäßigte Ordnung eben dieser Gesellschaft berufen kann. Es ist sozusagen ein selbstreferentielles, also ein auf sich selbst bezogenes, komplexes System. Der Extremismusansatz ruft die Mäßigung aus, die «gute Mitte» – und kommt aber selbst gar nicht um die Produktion von Extremen umhin: Denn ohne Extremismus keine «gute Mitte», keine ordentliche Gesellschaft, keine funktionsfähige Demokratie. So werden ja auch Identitäten erst durch die Produktion eines «Anderen» erzeugt, wie auch Grenzziehungen für das Soziale und eine Ordnung der Gesellschaft konstitutiv sind (vgl. Mouffe 2007).

Aber eines wurde bei dieser Gesellschaftsordnung vergessen zu bedenken – gerade in einem demokratischen System, in dem sich die Extremismusmodellbauer_innen ja selber verorten. Vergessen wurde, dass die Funktion der Gesellschaftsordnung von den Füßen auf den Kopf gestellt worden ist: Nicht das Demokratische bzw. Prozesse der Demokratisierung oder gar Politisierung werden zu zentralen Werten einer solchen Extremismus-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Sondern der Wert der Ordnung wird zur zentralen Instanz für die Produktion und Aushandlung von Gesellschaft. Es geht also um den Erhalt der Ordnung als normativen Wert an sich – ohne eine Auseinandersetzung um die Inhalte von Demokratie oder gar Fragen nach dem Politischen.

Denn eine «gemäßigte» Ordnung oder auch Mischverfassung, wie sie sich z.B. Uwe Backes in seiner Geschichte der «Politischen Extreme» als Ursprung der Demokratie herbeikonstruiert, ist vor allem auf den Erhalt der etablierten Ordnung fixiert. Sie ist nicht auf ihre Veränderung dieser Ordnung hin ausgelegt (Backes 2006). Mit einem kurzen historischen Blick möchte ich diesen Punkt noch verdeutlichen.

2. Ordnungsdenken in der Geschichte: Das Beispiel «Social Engineering»

Wenn wir einen kursorischen Blick auf die geschichtlichen Prozesse werfen, die wir «Moderne» nennen (vgl. u.a. Bauman 1992, 2004), was wird dann mit einer ordnungspolitisch sensibilisierten Brille erkennbar?

Genau in ihren Formierungs- und Durchsetzungsprozessen (ich spreche hier von langfristigen Prozessen zwischen dem 18. und 20. Jahrhundert) werden Ordnung und ordnungspolitisches Denken zu wichtigen Faktoren der Regierung – also der Steuerung und Führung – von Gesellschaften und ihrer Bürger_innen (vgl. ebd., Bittner 2009, Etzemüller 2010).

Und hier tritt, im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert, eine Idee in die Realität, die «Social engineering» benannt wird (Etzemüller 2010, Scott 1998). Was heißt «Social Engineering»? Was meint dieses soziale Ingenieurstum? Was meinen diese Handlungen von Ingenieuren, die eine Gesellschaft steuern sollen?

Auch beim «Social Engineering» ist Ordnung die zentrale Leitidee zur Gesellschaftsproduktion. Korrekter müsste man eigentlich sagen, dass es eine politische Ingenieursidee ist. Denn es sind aus meiner Sicht politische Ansichten über «das Soziale» (vgl. Deleuze 1979), die diese Weltsicht und ihre Handlungen konstituieren. Diese politische Ordnungsidee beeinflusst dann spätestens ab dem 20. Jahrhundert die Debatten um Stadtentwicklung und -Planung, um Städtebau und Naturunterwerfung, um Arbeitsorganisation sowie Lebensplanung usw. ganz intensiv (Bittner 2009, Scott 1998).

«Alles ist planbar! Oder: Ordnung hilft allen Bürger_innen!» (unabhängig von ihrem sozialen Status) – so könnten die Parolen und Glaubensbekenntnisse damals gelautet haben. Durch die Planung (nahezu) aller gesellschaftlichen Bereiche sollte eine funktionale, harmonische und gleichgewichtige soziale Ordnung entstehen, die von Störungen der Auswüchse der Moderne, sowie ihren ambivalenten Entwicklungen, bewahrt werden könne. Es war eine geradezu durch und durch organisierte Planungsphantasie. Und auch hier galt es, die Extreme zu bekämpfen, zu kontrollieren, auszuschalten, zu beseitigen.

Zu dieser «Ordnung der Moderne» (Etzemüller 2009), die in vielen westlich-kapitalistischen Gesellschaften ihre umfassende Anwendung fand, wurden u.a. folgende Ordnungsideen und Politiken eingesetzt: Grundlage war eine soziale Steuerung, Verwaltung und Kontrolle der jeweiligen Bevölkerungen (also aller in den jeweiligen Staaten lebenden Menschen). Durch Statistiken (die seit dem 19. Jahrhundert flächendeckend funktionierten) konnten die Bevölkerungen nach Sozial- und Altersstrukturen festgehalten und analysiert werden (Schmidt 2005). Auf dieser Grundlage konnten staatliche Maßnahmen ansetzen und in die Bevölkerungen eingreifen. Diese Maßnahmen waren u. a. die Eugenik (also Fortpflanzungs- und Geburtenpolitik auf der Grundlage rassistisch-genetischer Annahmen), die Einwanderungspolitik (Ausländerrecht, Einwanderungsgesetzgebung), die Familienpolitik (Geburtenkontrolle, Familienförderung, etc.).

Wenn wir uns nun wiederum die aktuellen Debatten um a) Humangenetik und Biopolitik im Allgemeinen, b) die rassistischen Abwehrhaltungen gegenüber Migration, sowie c) die Familienpolitik anschauen – dann ist eines aus meiner Sicht offensichtlich: Bis heute haben sich solche politischen Leitbilder in unseren Gesellschaften festgesetzt – natürlich in veränderten, sog. «metamorphotischen» Formen und Konstellationen (vgl. Bohlender 2008). Das heißt als Konsequenz, der Wille zum politischen Ingenieurhandeln (zur Ordnung unserer Gesellschaften) bestimmt mit einer erstaunlichen Hartnäckigkeit einen großen Teil der Grenzen politischer Handlungsmöglichkeiten in unserer real existierenden Demokratie. Dieses Ingenieurstum, das auf die Produktion und den Erhalt von Ordnung fokussiert ist, ist aus meiner Sicht das Packeis gegen die Bewegung der Schiffe des Politischen. Denn auch in der Vorstellung des politischen Ingenieurhandelns werden politische Konflikte auf Eis gelegt: Verteilungskämpfe werden vermeintlich befriedet bzw. zu einem Gemeinwohl für alle halluziniert¹³.

Die Demokratie wird still gestellt. Und hier sind auch die offensichtlichen Kongruenzen zwischen dem Ordnungsdenken des «Social Engineering» zu Beginn des 20. Jahrhunderts und dem Extremismusansatz aktueller Provenienz zu sehen: Beide haben ein kaltes, ordnungspolitisches Demokratieverständnis. Und beide wollen die gesellschaftlichen Bewegungen,

13 Zuletzt hat sich die SPD mit Gemeinwohl-Forderungen positioniert, ohne ihre demokratiepraktischen Implikationen zu bedenken, siehe u. a.: http://www.spd.de/de/pdf/aktuell/100204_SPD_Aktuell_100Tage.pdf, <http://www.spd.de/de/aktuell/nachrichten/2010/01/Gemeinwohl-als-Massstab-fuer-Politik.html?pg=4&y=2010&m=0>, 09.02.2010; ein Beispiel aus Leipzig war der Brief von Leipziger Bürger_innen an den neuen Stadtrat im Jahr 2009, siehe: <http://www.diffusionen.de/2009/07/23/welches-gemeinwohl-bitte/>, 09.02.2010

die aus ihrer Sicht als zu «extrem» wahrgenommen werden, in den Eiskeller der Geschichte einlagern – und dies dauerhaft. Deshalb ist es aus meiner Sicht notwendig, über alternative Demokratieverständnisse, Problemwahrnehmungen und -beschreibungen, sowie adäquate Gesellschaftsbegriffe intensiv nachzudenken, um dieser drohenden Eiszeit zu entkommen.

3. Alternativen zur Eiszeit des Politischen und des «Extremismus»?

Wenn wir den vorherrschenden politischen Diskursen lauschen, klingt das ein wenig so, als sei das «Ende der Geschichte» (Fukuyama 1992) schon erreicht worden. Ist es also dieses Ende der Geschichte einer Ordnungsgesellschaft mit beschränkten politischen Raum, das uns deshalb droht bzw. schon vereist hat? Ich bin mir sicher, dass es weiterhin angebracht ist, für die Erzeugung einer Tauwetterphase zur Re-Politisierung der Gesellschaft zu argumentieren und dafür ebenfalls zu handeln. Dieses Tauwetter als Realutopie beruft sich auf einen unvollendeten, prozesshaften Demokratiebegriff (Enwezor 2002), der Demokratie immer als eine Notwendigkeit von «mehr Demokratisierung» begreift und die Beweglichkeit von Gesellschaft einfordert. Damit einher geht ein Plädoyer für eine Wiederbelebung des «Politischen» als ein Durcheinanderbringen der etablierten Ordnung (vgl. Kreuzer 2009).

3.1. Zur Diskussion um Alternativen

Nun sind wir an der Stelle angelangt, an der es sich ganz konkret um die Debatte von Alternativen zum bisher Skizzierten und Kritisierten drehen soll. Denn die Frage nach Alternativen ist immer beliebt – vor allem aus Sicht der vermeintlichen «Pragmatiker_innen» an die Kritiker_innen gerichtet; denn jenen scheint es nicht zu genügen, zunächst das Problem anders zu betrachten. Diesen wiederum wird die Anforderung nach Alternativen schnell zur Last, vor allem dann, wenn eigentlich die Analyse der Machtverhältnisse diese kritische Haltung prägt; gegenüber den vorherrschenden Vorstellungen und Politiken einer Gesellschaft ist eine Alternativdebatte aus Sicht der Gesellschaftskritik zunächst immer eine undankbare Intervention – wenn man sich auf eine bestimmte Haltung der Kritik beziehen möchte (vgl. Jaeggi/Wesche 2009).

Die Frage nach verschiedenen Alternativen soll hier trotzdem aufgeworfen werden. Doch zunächst sei darauf verwiesen, dass das Fragezeichen in der Überschrift dieser Ausführungen bewusst gewählt worden ist. Dies aus zweierlei Gründen: Erstens weil es offensichtlich ist, dass weder ich – noch andere – ein Allheilmittel für die Begriffs-, Gesellschafts-, und Problemkonstruktionen gefunden haben, die in dieser Analyse diskutiert werden. Zweitens, und dies erscheint mir nicht weniger wichtig, bin ich mir keineswegs sicher, ob überhaupt eine Alternative z.B. zum «Extremismusansatz» oder dem Begriff «Rechtsextremismus» existieren muss? Zwei alternative Denkräume sollen hier vor dem Hintergrund dieser beiden Fragen vorgestellt werden.

3.2. Alternative Demokratieideen

Ein zentraler normativer Fluchtpunkt für Alternativen ist aus meiner Sicht die Forderung nach einer Konfliktgesellschaft als Leitidee der realen Verankerung des Politischen in einer Demokratie, die sich als gesellschaftliche Kommunikations- und Aushandlungspraxis ernst nimmt. Dazu ist in diesen Ausführungen schon einiges gesagt worden: Wir müssen Konflikte, Auseinandersetzungen, politischen Streit, Dissens und andere Formen und Inhalte der Politik als etwas Bereicherndes, etwas Positives für unseren gesellschaftlichen Alltag (wieder-)erkennen

und aushalten lernen.

Des Weiteren gehört zu einer Politisierung der Politik ein anderes Demokratieverständnis. Demokratie kann nicht nur auf Wahlen alle vier bis fünf Jahre, auf die Arbeit in Parlamenten und Verwaltungen, auf den Konsum von Talk-Shows à la Christiansen, Will usw. reduziert werden. Noch kann Demokratie allein verstanden werden, als die alleinige Regelung von politischen Problemen durch Polizei, Justiz und Ordnungsämter.

Nein, Demokratie wird hier vor allem als ein niemals abschließbarer Prozess und eine Aushandlungsform des Politischen verstanden. Demokratie ist sowohl eine Forderung als auch ein Orientierungspunkt für etwas, das täglich zu erstreiten ist. Demokratie ist deshalb etwas, das nicht aufhört, erarbeitet werden zu wollen. Wenn wir die Idee einer «Demokratie als Lebensform» (Dewey 1997) ernst nehmen wollen, dann braucht diese auch in unserem Alltag eine Relevanz und einen Raum, um eben diese Relevanz zu erzeugen. Diese Relevanz wird ja u. a. durch die Einforderung von Werten wie «Demokratie» und «Toleranz» in den Landes- und Bundesprogrammen, sowie vielen (unabhängigen) zivilgesellschaftlichen Aktivitäten versucht zu erzeugen.

Dieses geht mitnichten durch eine Stillstellung von Konflikten, noch durch die Diskriminierung anderer Menschen. Schon gar nicht können die vorherrschenden «Ideologien der Ungleichwertigkeit» (vgl. u. a. Heitmeyer 2002-2010) normative Maßstäbe für eine – weder zukünftige noch heutige – Gesellschaft sein, in der diese Demokratie als Lebensform ernst genommen wird.

Im Gegenteil: Demokratie ist als normativer Fluchtpunkt, als zu kommende Demokratie zu denken (Derrida 2003). Diese zu kommende Demokratie kann als ein vollständig verwirklichtes Ziel niemals erreicht werden (und muss es vielleicht auch nicht). Demokratie als Fluchtpunkt kann heißen: Wir haben die Möglichkeit, die Auseinandersetzung um Probleme, um Gesellschaft, um Erfahrungen und Entscheidungen als demokratische Praxen zu begreifen, und auf dieser Grundlage diese Prozesse selber auf demokratische Füße zu stellen. Sonst stolpern wir über Ausgrenzungen, Alltags- und institutionelle Rassismen, Ungleichwertigkeitsakteur_innen ebenso wie neonazistische Strukturen. Und wir stolpern sonst ebenfalls über eine vermeintliche Konsensgesellschaft, über Ordnungspolitiken oder eine für sich selbst blinde Gesellschaft der guten Mitte, die ihre extrem frostigen Ränder bewundert, ohne zu merken, dass sie schon jenseits des 0-Grad-Punktes selber fröstelt und friert.

Ein weiterer Fluchtpunkt ist die Toleranz gegenüber oder sogar die positive Betrachtung von Störungen, von Irritationen für eine Gesellschaft. Anerkennung gilt es zu formulieren für unbequeme Protesthaltungen, für ein Verständnis des Politischen, als dem Denken und Handeln dessen, was noch nicht da gewesen ist. Das Politische ist eben auch das, was plötzlich, unerwartet und ungeordnet vor uns steht und vernommen werden will (Rancière 2002).

3.3. Begrifflichkeiten und Problematisierungen jenseits des (Rechts-)Extremismus?

Um alternative Begrifflichkeiten zu produzieren, die uns weder den Fallstricken des Extremismusmodells, noch einem vereisten Demokratieverständnis ausliefern, sind verschiedene Voraussetzungen zu klären. Zunächst ist grundsätzlich die Frage zu diskutieren, ob wir überhaupt die eine Alternative als dem dann vorherrschenden heuristischen Modell zur Analyse und Kritik von Wirklichkeit und ihrer Probleme benötigen. Bei Begriffsproduktionen

ist folgendes zu beachten. Der verständliche Wunsch nach Begriffsharmonisierung kann uns in ähnliche Sackgassen führen, wie es den Extremismusansatz in seine heile und unterkomplexe Begriffswelt geführt hat (vgl. Buck/Kausch/Rodatz 2007). Aber es kann nicht das Ziel sein, einen alles vereinfachenden, noch reduktionistischen Sammelbegriff zu produzieren, der der komplexen gesellschaftlichen Wirklichkeit und ihrer kontingenten und verwobenen Problemkonstellationen überhaupt nicht gerecht werden kann (ebd.). Vielleicht brauchen wir genau aus diesen Gründen eben nicht die neue Alternative zum «Rechtsextremismus». Eine Möglichkeit ist deshalb, hier für einen Methoden- und Begriffspluralismus zu streiten, der den demokratiepraktischen Impetus dieser Ausführungen widerspiegelt.

Um «den Extremismus» wiederum ins Jenseits des Unterkomplexen und Unzureichenden zu befördern, benötigen wir trotzdem verschiedene alternative Begrifflichkeiten und vor allem ein gut durchdachtes alternatives Problembeschreibungsvokabular im Plural. Aus der eigenen Erfahrung mit einer Projektgruppe, die das Handlungskonzept «Vielfalt im Blick» zur «Stärkung der demokratischen Kultur» für die Stadt Leipzig im Rahmen des lokalen Aktionsplanes erarbeitet¹⁴, kann ich berichten, dass auch und gerade ohne die Nutzung des Extremismus-Begriffsapparates analytisches Denken und die Benennung von Akteuren, die gesellschaftliche Probleme verkörpern, möglich ist. In dem konkreten Fall, der kein «Role Model» für andere Forschungen oder Projekte sein muss, aber Anregungen vermitteln kann, haben wir eine Doppelstrategie im Begriffsapparat angewandt.

Diese Doppelstrategie zur Vermeidung des Begriffs «Rechtsextremismus» und für die Verortung von gruppenbezogenen menschenfeindlichen politischen Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft war folgende: Einerseits haben wir den Begriff «Neonazismus» bzw. «Neonazis» in der Gesellschaft zur Benennung von manifesten Strukturen und Akteuren eingeführt und genutzt. Dieser Begriff vermeidet den Rückgriff auf den Extremismusansatz und kann sowohl Kontinuitäten («Nazismus») als auch Modernisierungstendenzen («Neo-») bei Akteuren und organisierten Gruppen verdeutlichen. Gerade die freie Neonazi-Szene hat mit ihren Parolen und Forderungen eines «Nationalen Sozialismus» eindeutige Kontinuitätslinien zum NS-Faschismus aufzuweisen. Trotzdem erleben wir sowohl bei den Aktionsformen, als auch in den aktuellen Ideologieelementen auch Modernisierungsmomente und neue thematische Setzungen.

Gleichzeitig bin ich der festen Überzeugung, dass wir Neonazismus nur als gesamtgesellschaftliches Problem wahrnehmen können und bekämpfen müssen. So sind gesamtgesellschaftlich fest verankerte Ideologien der Ungleichwertigkeit immer zu thematisieren, um einerseits deutlich zu machen, dass Neonazismus nicht in einem politischen Vakuum entsteht¹⁵. Andererseits ist klar zu betonen, dass die Mehrheitsgesellschaft selber nicht als «gute Mitte» betrachtet werden kann, als die sie sich selbst gerne beschreibt. Dies haben verschiedene Studien um das Team von Wilhelm Heitmeyer (2002-2010), sowie von Decker/Brähler (2006, 2008) bzw. Decker/Rothe/Weißmann/Brähler (2008) oder des Sächsischen Ministeriums für Soziales (2006, 2008) aufgezeigt. So können mit der Benennung diese Ungleichwertigkeitsvorstellungen Diskriminierungen in der Mehrheitsgesellschaft problematisiert werden, die eben diese Mehrheitsgesellschaft an ihren eigenen Maßstäben misst (z.B. an Art. 1 des GG) und sie auf diese Erfüllungslücke hinweist. Die Gesellschaft ist damit vor ihre eigene

14 http://www.aktionsplan-leipzig.de/index.php?article_id=18, 8.2.2010

15 Eine äußerst problematische Analyse und Erklärung von «Neonazis» hat Thein (2009) vorgelegt, der in eine solche Vakuums-These vertritt. Zur Kritik solcher Ansätze, die u. a. auch dem «Extremismus-Ansatz» geschuldet sind, vgl. die Kritik des Autors zum Buch von Thein unter <http://www.atypon-link.com/AV/doi/pdf/10.1524/behe.2009.0021>

Herausforderung gestellt, die schon versprochene Demokratie als zu kommende Demokratie zu begreifen (Heil/Hetzel 2006: 7ff.), mit der nicht nur ein Anspruch aller Menschen auf eine diskriminierungsfreie Gesellschaft verbunden ist, sondern auch ein eindringlicher Wille eben dieser Gesamtgesellschaft, zu diesem Ziel mehr zu tun, als Konsens, Ordnung, Ruhe und «Extremismen» zu fordern und zu fördern. Hier werden sich die Fragen von Demokratie als Prozess und ihrer Aushandlung und Konstituierungen im Politischen entweder als «Lippenbekenntnisse» bzw. «symbolische Nebelkerzen» erweisen – oder als konkrete Auseinandersetzungen um eine real existierende dynamische Demokratie des Uneinheitlichen¹⁶.

Stefan Kausch

Dipl.-Pol., Gesellschaftswissenschaftler, Doktorand an der Uni Leipzig; Aktiv im Engagierte Wissenschaft e.V./Forum für kritische Rechtsextremismusforschung; Forschungsschwerpunkte: Politik-, Gesellschafts-, Staats- und Demokratietheorien; Kritik von Ordnungs- und Extremismusparadigmen. Veröffentlichungen zum Thema: zusammen mit Elena Buck und Mathias Rodatz: *Ordnungen des Rechtsextremismus. Von neuen Kleidern der Rechten zum «Extremismus der Mitte»*. In: Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung. (Hrsg.). Diffusionen. Der kleine Grenzverkehr zwischen Neuer Rechter, Mitte und Extremen, Dresden. 2007; *Das ist [k]eine Demokratie*. In: Bertram Haude u. a. (Hrsg.). Die Entenrepublik Gamsenteich. Über Demokratie und Gemeinschaft, Leipzig: Institut für Buchkunst. Blog: www.diffusionen.de

16 Ich danke ausdrücklich Elena Buck und Gregor Wiedemann für die kritische Durchsicht zweier vorläufiger Fassungen dieses Artikels.

Literatur

- Backes, Uwe (2006): Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (1996): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Bauman, Zygmunt (1992): Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Hamburg: Junius
- Bauman, Zygmunt (2002): Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust, Hamburg: Europäische Verlagsanstalt
- Bittner, Regina (2009): Aufstieg und Beifall. Warum die Planstadt Zlín ein Lehrstück der Moderne ist, in: Kulturkurstiftung des Bundes (Hg.): Das Magazin der Kulturstiftung des Bundes, No. 14, Herbst 2009: 44-45
- Bohlender, Mathias (2008) Metamorphosen des liberalen Regierungsdenkens. Politische Ökonomie, Polizei und Pauperismus, Weilerswist: Velbrück Verlag
- Bröckling/Feustel (Hg.) (2010): Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen. Bielefeld: Transcript
- Buck, Elena/Kausch, Stefan/Rodatz, Mathias (2007): Ordnungen des Rechtsextremismus. Von neuen Kleidern der Rechten zum «Extremismus der Mitte». Programmatische Überlegungen zur Entwicklung einer kritischen Gesellschafts- und Forschungsperpektive, in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung et. al (Hg.): Diffusionen. Der kleine Grenzverkehr zwischen Neuer Rechter, Mitte und Extremen, Dresden
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Unter Mitarbeit von Norman Geißler, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.) (2008): Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Decker, Oliver/Rothe, Katharina/Weissmann, Marliese/Geißler, Norman/Brähler, Elmar (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Deleuze, Gilles (1979): Der Aufstieg des Sozialen. In: Donzelot, Jacques: Die Ordnung der Familie, Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Denninger, Erhard (Hg.) (1977): Freiheitliche demokratische Grundordnung - Materialien zum Staatsverständnis und zur Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik. Herausgegeben von Erhard Denninger unter Mitarbeit von Gerhard Böhme, Heide Erd-Küchler, Jürgen Fischer, Michael Hofferbert und Harald Russig. 2 Bände. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Derrida, Jacques (2003): Schurken. Zwei Essays über die Vernunft, Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Dewey, John (1997): Democracy and Education. An Introduction to the Philosophy of Education, New York: The Free Press
- Enwezor, Okwui (2002): Demokratie als unvollendeter Prozess. Documenta 11 Plattform1, Hatje Cantz: Ostfildern

- Etzemüller, Thomas (Hg.) (2009): Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert. Bielefeld: Transcript
- Foucault, Michel (1974): Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften, Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Foucault, Michel (2004): Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II, Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Foucault, Michel (2005): Analytik der Macht. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Fukuyama, Francis (1992) Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München: Kindler
- Heil, Reinhard/Hetzl, Andreas (Hg.): Die unendliche Aufgabe Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld: Transcript
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2002-2010): Deutsche Zustände, Bd. 1-8, Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Jaeggi, Rahel/Wesche, Tilo (Hg.) (2009): Was ist Kritik? Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Kausch, Stefan (2005): Das ist [k]eine Gesellschaft. Das ist [k]eine Demokratie, in: Haude, Bertram/Volz, Jens/Siegel, Claudia (Hg.) (2005): Die Entenrepublik Gamsenteich. Über Demokratie und Gemeinschaft, Leipzig: Institut für Buchkunst
- Kopke, Christoph /Rensmann, Lars (2000): Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 12/2000, S. 1451-1462
- Krasmann, Susanne (2010): Jacques Rancière: Polizei und Politik im Unvernehmen, in: Bröckling/Feustel 2010: 77-98
- Kreuzer (2009): Mehr Mitbestimmung, bitte! Warum Utopien nicht tot sind und warum man von Demokratie nie genug haben kann. Ein Dialog. In: Kreuzer. Das Leipzig Magazin, Nr. 10.09: 21
- Link, Jürgen (1991): Links/Rechts, Mitte/Extreme - Metamorphosen einer politischen Landschaft. In: kultuRRevolution. zeitschrift für angewandte diskurstheorie, Nr. 26, S. 25 - 29
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Rancière, Jacques (1997): Gibt es eine politische Philosophie? In: Badiou/Alain et. al. (1997): Politik der Wahrheit, Wien: Turia + Kant: 64-93
- Rancière, Jacques (2002). Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Sächsisches Staatsministerium für Soziales (Hg.) (2006): Jugend 2005 in Sachsen, Dresden
- Sächsisches Staatsministerium für Soziales (Hg.) (2008): Jugend 2007 in Sachsen, Dresden
- Schmidt, Daniel (2005): Statistik und Staatlichkeit, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Scott, James C. (1998): Seeing ike a State. How Certain Schemes to improve the Human Condition Have Failed, Yale University Press: New Haven and London
- Terkessidis, Mark (2004): Die Banalität der Rassismus. Migrant*innen zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive, Bielefeld: Transcript

Naziproblem und «Rechtsextremismus»-Dilemma. Der Antidiskriminierungsansatz als Ausweg.

Das Problem: Es gibt keine Mitte

Die Diskussion um den Extremismusansatz und dessen Folgen für die Arbeit gegen Nazistrukturen und nazistische, menschenfeindliche und diskriminierende Einstellungen und Handlungen ist nicht neu. Seit Jahren verweisen Wissenschaft und Praxis darauf, dass die Unterscheidung zwischen einer politischen «Mitte der Gesellschaft» und deren extremen Rändern empirisch nicht haltbar ist, weil sie sich in einem komplexen Geflecht z.B. rassistischer, antisemitischer, völkischer, sozialdarwinistischer, autoritärer bzw. radikaldemokratischer, anarchistischer, sozialistischer, kommunistischer usw. Einstellungen auflöst.¹

Gleichzeitig werden die aus diesen Einstellungsmustern resultierenden beispielsweise rassistischen Praktiken in unserer Gesellschaft immer noch meist im Zusammenhang mit gewalttätigen Übergriffen oder völkisch rassistischer Hetze gegen sogenannte «Ausländer» thematisiert. Die Schuldigen sind dann schnell ausgemacht: «Rechtsextreme», organisierte Nazis, NPD. Weit weniger Thema ist, wie weit verbreitet rassistische, antisemitische, heterosexistische und autoritäre Einstellungen sind, die zu einem nazistischen Weltbild gehören. Dabei sind solche Anschauungen der Nährboden für Übergriffe und Gewalt, aber auch für alltägliche Diskriminierungen von solchen Menschen, die der vermeintlichen Norm nicht entsprechen. Dazu gehören z.B. Flüchtlinge, MigrantInnen, Schwarze Deutsche, Menschen jüdischen oder muslimischen Glaubens, Schwule, behinderte oder obdachlose Menschen. Für die Betroffenen bedeutet dies eine Einschränkung an Lebensqualität und Entwicklungsmöglichkeiten, die sie oft alltäglich wahrnehmen. Eine Reihe von wissenschaftlichen Studien bestätigen immer wieder, dass Elemente von Ungleichheitsideologien, wie Rassismus, bei sehr vielen Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, Berufsstand, ihrer Parteipräferenz, ihrem Alter und ihrem Bildungsniveau vorkommen. (vgl. u. a. Brähler/Decker: Vom Rand zur Mitte, FES, Berlin 2006). Der Extremismusansatz, der rein formal die Haltung zu Verfassungsstaat, repräsentativer Demokratie und Gewalt zum Abgrenzungskriterium erhebt, kann dieses gesellschaftliche Potential der Zustimmung zu Versatzstücken nationalsozialistischer Ideologie nicht erfassen. Die Weltsicht, die anders als eine ungerichtete Aggression nachhaltig die Bereitschaft zur Diskriminierung von als «undeutsch» kategorisierten befördert, wird deshalb leider kaum thematisiert. Genauso bleiben die vielfältigen Formen der Diskriminierung unterhalb der Ebene körperlicher Gewalt unbearbeitet. Die offene oder subtile Ausgrenzung von Menschen, die als dem eigenen Kollektiv nicht zugehörig angesehen werden, wird mit dem Wort Alltagsdiskrimi-

¹ gl. Robert Feustel: Entropie des Politischen. Zur strategischen Funktion des Extremismusbegriffs; Holger Oppenhäuser: Das Konzept (Rechts-)Extremismus in diskurstheoretischer Perspektive. Beide Vorträge gehalten im Rahmen des Workshops «Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismusbegriffs» des Forum Kritische Rechtsextremismusforschung, Universität Leipzig am 20.11.2009.

nierung problematisierbar. Dieses Problem ist viel schwerer von einem Umfeld abzugrenzen, das zwar seinen Vorurteilen nicht gewalttätig Gehör verschaffen würde, aber die zur Gewalt führenden Unterscheidungen genauso trifft wie die Neonazis. Wo aber Gewalt bloß als ein nicht legales Mittel erscheint, das den allgemein geteilten Überzeugungen des gesunden Menschenverstandes zu ihrem Recht verhilft, dort ist die Gewalt für die TäterInnen immer auch mit einer Rechtfertigung versehen. Sie sehen sich als die Avantgarde, die sich über die Beschränkungen eines Staates hinwegsetzt, der entweder zu schwach sei, das Richtige zu tun oder als Ausdruck eines Systems gedeutet wird, das die Menschen gar nicht vertritt, sondern unterdrückt, was zu tun richtig wäre.

Die Erkenntnis: Rein in die Mitte

Die Erkenntnis, dass Konzepte zum Scheitern verurteilt sind, die von den Prämissen: gesellschaftliches Randproblem, individuelles Vorurteil und Gewaltproblem ausgehen, hat sich nach knapp 20 Jahren staatlicher Programme gegen sogenannten «Rechtsextremismus» immer mehr durchgesetzt². Die jahrelange Fokussierung auf TäterInnen, auf Jugendliche und auf Gewalt hat weder zu einer Zurückdrängung lokaler Nazistrukturen geführt, noch etwas daran geändert, dass rassistische, antisemitische, völkisch-nationalistische, behindertenfeindliche, heterosexistische und anderer Elemente nationalsozialistischer Ideologie in breiten Gesellschaftsschichten konsensfähig sind. Als politische Gegenkonzepte empfehlen die AutorInnen der verschiedenen Einstellungsstudien, wie auch die Bewertungen bisheriger Bundesprogramme deshalb u.a. eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den genannten Einstellungen und die Stärkung einer partizipativen, demokratischen Streitkultur, statt auf Law and Order – Politik zu setzen.³ Insbesondere die weite Verbreitung von Rassismus als «Einstiegsdroge in den Rechtsextremismus» müsse problematisiert werden.⁴ Die Auseinandersetzung müsse gleichzeitig in der gesamten Gesellschaft und ihren Institutionen: in der Ausbildung, am Arbeitsplatz, in der Verwaltung und in Freizeitorganisation geführt werden, statt ein Jugend-, Gewalt-, bzw. Minderheitenproblem zu konstruieren.⁵

In der Praxis hat sich das mittlerweile durchaus niedergeschlagen. Zahlreiche Beratungs-, Aufklärungs- und Sensibilisierungsprojekten engagieren sich allen extremismustheoretischen Förderlogiken und Antragsformularen zum Trotz zum Beispiel für Betroffene ganz unterschiedlicher Form von rassistischer Diskriminierung oder diskutieren in breiten gesellschaftlichen Schichten über Antisemitismus oder über normierende Geschlechterbilder.

2 Vgl. Christian Schmidt / Doris Liebscher: Verwischte Ziele. Warum die Bemühungen gegen Nazi-Strukturen seit knapp 20 Jahren immer wieder scheitern. In: Friedrich Burschel (Hrsg.): Stadt-Land-Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz, 2010.

3 Vgl. Doris Liebscher / Christian Schmidt: Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum, BT-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.), 2007.

4 Vgl. Oliver Decker / Elmar Brähler: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, 2006.

5 Ebd.

Das Dilemma: alle Reden von der Mitte

Trotzdem werden diese Erkenntnisse in den meisten Fällen noch nicht angemessen reflektiert oder bleiben Lippenkenntnisse ohne Konsequenzen. Ob Decker und Brähler, das Forum Kritische Rechtsextremismusforschung oder die im Netzwerk Tolerantes Sachsen organisierten Träger und Initiativen: Sie bezeichnen sich weiterhin als «RechtsextremismusexpertInnen», sprechen vom «Extremismus der Mitte», definieren Nazistrukturen weiter als Phänomen des «Rechtsextremismus» oder «der extremen Rechten». Viele arbeiten weiter in Bündnissen «gegen Extremismus» und weisen darauf hin, dass es in ihrer Region gerade gar kein Problem mit «Linksextremismus» gäbe, statt solche Bezeichnungen mit Verweis auf die politischen Folgen des Extremismusansatzes zu verweigern. Damit machen sie den eigentlich ja «falschen» oder «unwissenschaftlichen» Extremismusansatz sprachfähig und damit diskursiv wirkungsmächtig. Sie reproduzieren auch dessen Logik: Das Bild einer demokratischen Mitte der Gesellschaft, die ihre Wertvorstellungen, gegen die Bedrohung von den «extremen Rändern», von «außen» also verteidigen muss. Eine genauere Definition dessen, wer oder was politisch bzw. gesellschaftlich «Mitte» ist, also als demokratisch / als normal gilt und daraus die Legitimität seiner/ihrer Position ableitet und wer oder was eben nicht, bleibt die inhaltsleere Rede von den Extremen immer schuldig.

Die Gründe für diesen Widerspruch zwischen Erkenntnis und Praxis sind sicherlich vielfältig: Das Vokabular und die Logik der Förderprogramme, von der die eigene Arbeit finanziell abhängig ist, folgen der Extremismusformel. Lokale Bündnisse mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteuren sind leichter zu schließen und erscheinen damit größer und erfolgreicher, wenn der Streit um die «Extremismusfrage» nicht geführt wird. Politische Anerkennung und gesellschaftliche Unterstützung steigen eher, wenn das Engagement sich «Gegen Extremismus und Gewalt» richtet, als gegen rassistische Diskriminierung in Behörden, gegen völkisch-nationalistische Statements im Stadtrat und der lokalen Presse oder gegen sexistische und homophobe Sprüche beim lokalen Sportverein.

Trotzdem oder gerade deshalb ist gesellschaftspolitische Intervention und Prävention immer auch streitbar und umstritten. Sie muss individuelle Einstellungsmuster, aber auch institutionelle Praktiken und gesellschaftliche Diskurse problematisieren – und wenn nötig auch skandalisieren –, die soziale Ungleichheit naturalisieren und essentialisieren und dadurch Menschen von gesellschaftlicher Teilhabe ausschließen.

Die Lösung: steckt im Detail

Dass das möglich ist, ohne auf begriffliche Klarheit in der Beschreibung der eigenen Arbeit, der eigenen Ziele und der eigenen Problemanalyse verzichten zu müssen, zeigt der Antidiskriminierungsansatz. Dieser Ansatz problematisiert Einstellungen und Handlungen und Strukturen, die das Alltagsleben diskriminierter Menschen nachhaltig beeinträchtigen, auch wenn es sich nicht um körperliche Gewalt handelt. Antidiskriminierungsarbeit richtet den Blick auf Benachteiligungen bzw. Herabwürdigungen von Menschen aufgrund rassistischer oder antisemitischer Zuschreibungen, der Religion, des Geschlechts, des Lebensalters, der sexuellen Orientierung, wegen einer Behinderung oder wegen der sozialen Herkunft. Diese Diskriminierungsdimensionen entsprechen genau den von Decker/Brähler, Heitmeyer u.a. skizzierten

Ideologien der Ungleichheit, also Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Sozialdarwinismus, Homophobie und Abwertung von obdachlosen und von behinderten Menschen.

Die Untersuchungen des Antidiskriminierungsbüro Sachsen haben gezeigt, dass Diskriminierung auf unterschiedlichen Ebenen gleichzeitig auftritt:

- » als individuell diskriminierende Handlung einzelner Menschen,
- » als diskriminierende Struktur, z.B. in Gesetzen oder in Verwaltungsverfahren,
- » als Diskriminierung auf der Ebene der Öffentlichkeit, z.B. in stereotypen Bildern über «die Anderen» und in politischen Debatten, in denen Zugehörigkeit und Normalität verhandelt wird.⁶

Dabei sind die Mechanismen von Diskriminierung oftmals sehr subtil. Die Spitze des Eisbergs stellen zweifelsohne gewaltförmige Übergriffe dar. Auf Dauer nicht weniger verletzend und ausschließend und für viele Betroffene wesentlich präsenter sind jedoch die anderen Ebenen von Diskriminierung. Rassismus und andere Formen von Diskriminierung sind danach kein individuelles Problem, sondern institutionell verankerte und sozial legitimierte Alltagsphänomene, die in ihrer Komplexität bezeichnet, analysiert und thematisiert werden müssen.

Die Strategien, die der Antidiskriminierungsansatz verfolgt, setzen an den verschiedenen Ebenen von Diskriminierung an. Zunächst heißt das: Stärkung und Einbeziehung der Betroffenen, durch Information, Beratung und Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Rechte auf Gleichbehandlung. Auf der anderen Seite geht es darum, diskriminierende Strukturen und Ausschlussmechanismen zu erkennen und zu verändern. Deshalb muss auch die Mehrheitsgesellschaft für die oben genannten Ausschlüsse und Diskriminierungsmechanismen sensibilisiert werden. Zu all dem gehört das deutliche Signal: Plurale Lebensweisen sind normal und begrüßenswert, sie dürfen nicht mit Ausgrenzung und Benachteiligung bestraft werden.

Die Normalität von Diskriminierung und der Nachweis der Vitalität von Ungleichheitsideologien sind auch als Appell zu verstehen. Unser Blick erweitert sich: nicht die Betroffenen von Gewalt und Diskriminierung haben oder sind das «Problem», weil sie «anders» sind. Das Problem sind auch nicht ausschließlich organisierte Nazis oder offen völkische RassistInnen oder Homophobe. Das Problem sind ebenso die individuellen und strukturellen Widerstände der Mehrheitsgesellschaft, die nicht sieht oder nicht sehen will, dass auch sie sich verändern muss, damit alle Menschen die Möglichkeit zu gleicher Teilhabe bekommen. Gleichzeitig muss deutlich werden, dass diskriminierte Menschen bei der Durchsetzung dieser Rechte ernst genommen und unterstützt werden, weil das Recht auf Gleichbehandlung für alle EinwohnerInnen gleichermaßen gilt.

⁶ Vgl. Was tun gegen Diskriminierung? - Die Arbeit des Antidiskriminierungsbüros in Sachsen. ADB Sachsen (Hrsg.), 2009; Was tun gegen Rassismus?! Situation und Perspektive in Leipzig. ADB Sachsen / Opferberatung Leipzig der RAA Sachsen e.V. (Hrsg.), 2006.

Ganz konkret: Thesen zur Diskussion

Was bedeutet das für die konkrete Arbeit wissenschaftlicher, politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure, die sich mit Nazistrukturen, nazistischen Ideologemen und mit (Anti)diskriminierung beschäftigen? Einige Thesen zum Abschluss:

1. Empowerment und Repräsentation

Diskriminierte Gruppen müssen als eigenständige Subjekte und Akteure ernst genommen werden. Sie müssen besonders dabei unterstützt werden, ihre Rechte auf Gleichbehandlung zu kennen, durchzusetzen und für sich selbst zu sprechen. Dazu bedarf es Anlaufstellen für Betroffene von Gewalt und von Diskriminierung. Gleichzeitig müssen bestehende wissenschaftliche, politische und Beratungsnetzwerke und Institutionen gesellschaftliche Diversität und die Dimensionen von Diskriminierung stärker in der eigenen personellen Zusammensetzung und Themensetzung verankern.

2. Förderpraxis und politische Streitkultur

Die Erkenntnis, dass Rassismus, Antisemitismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit ein gesamtgesellschaftliches Problem sind, muss sich in der Förderpraxis und Strategieentwicklung niederschlagen. Die inhaltliche Auseinandersetzung in gesellschaftlichen Bündnissen ist unsere Aufgabe und Chance als Akteure der Zivilgesellschaft. Dazu kann auch eine kritische Positionierung zu diskriminierenden Einstellungen und Strukturen von BündnispartnerInnen gehören. Die Zusammenarbeit von Initiativen und Behörden darf nicht auf Kosten der Unabhängigkeit und kritischen Rolle der Initiativen geschehen.

3. Bezeichnungspraxis

Die Verwendung des Begriffs «Rechtsextremismus» reproduziert das Wissen über «Ränder» und «Mitte» der Gesellschaft. Einerseits entnennt der Begriff, die dahinter stehenden konkreten Einstellungen und Handlungen: das Naziproblem, aber auch Rassismus, Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsideologien. Andererseits verschließt er den Blick vor den strukturellen und alltäglichen Diskriminierungserfahrungen vieler Menschen. Er kann unproblematisch durch die Benennung der konkreten Ideologeme bzw. Ungleichheitsverhältnisse und Diskriminierungspraktiken ersetzt werden: Rassismus, Heterosexismus, Sozialdarwinismus, Autoritätsgläubigkeit zum Beispiel. Im Fall nationalsozialistischer Ideologien und Politikprogramme sollten die Weltbilder und Protagonist_innen als das bezeichnet werden was sie sind: als nazistisch, bzw. als (Neo)Nazis.

Doris Liebscher

ist Volljuristin und Magistra des Europarechts. Seit 2005 ist sie im unabhängigen Antidiskriminierungsbüro Sachsen in Leipzig als Beraterin und Dozentin für Antidiskriminierungsrecht- und -kultur tätig. Sie arbeitet am EU-Forschungsprojekt „Right wing youth violence prevention programms (RYPP)“ der Universität Leipzig mit und promoviert zum „Rasse“-Begriff und Rassismusverständnis im deutschen Recht. Letzte Veröffentlichungen: zusammen mit Christian Schmidt: *Verwischte Ziele. Warum die Bemühungen gegen Nazi-Strukturen seit knapp 20 Jahren immer wieder scheitern*. In: Friedrich Burschel. (Hrsg.). Stadt-Land-Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz. Berlin. 2010.; zusammen mit Christian Schmidt: *Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum*. In: Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen. (Hrsg.). Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum. Berlin. 2007.



Am 29. Januar 2010 veranstaltete Weiterdenken, in Kooperation mit dem Kulturbüro Sachsen e.V., dem Forum Kritische Rechtsextremismusforschung und dem Referat für Politische Bildung des Studierendenrates der TU Dresden die Tagung «Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und (anti-)demokratischen Einstellungen».

Die Veranstaltung ist auf eine unerwartet große Resonanz gestoßen. Die vorliegende Publikation soll die Ergebnisse der Tagung dokumentieren und langfristig nutzbar machen.

Wir wollten gerade auch als sächsische Einrichtungen diese Debatte führen, weil der Begriff aus der Politikwissenschaft in Sachsen – also insbesondere den Politikwissenschaftlern Uwe Backes und Werner Patzelt in Dresden und Eckhard Jesse in Chemnitz immer wieder theoretisch begründet und in die politische Diskussion eingeführt wird.

Der Begriff «Extremismus» ist aus Sicht der Veranstalter_innen für eine wirksame Arbeit für demokratische Kultur in Sachsen hinderlich und als theoretischer Ansatz unzureichend, deshalb unsere Einladung zu dieser Diskussion.

Beiträge:

- Grit Hanneforth/ Michael Nattke/ Stefan Schönfelder* · Einleitung
 - Gero Neugebauer* · Der Extremismusansatz aus wissenschaftlicher Sicht
 - Petra Schickert* · Der Extremismusansatz aus Sicht der Mobilen Beratung für Demokratie
 - Miro Jennerjahn* · Der Extremismusansatz aus politischer Perspektive
 - Daniela Kahls* · Der Extremismusansatz aus Sicht der Medien
 - Stefan Kausch* · Ordnung.Macht.Extremismus. – Eine Alternativlosigkeit?
 - Doris Liebscher* · Naziproblem und «Rechtsextremismus-Dilemma».
Der Antidiskriminierungsansatz als Ausweg.
- 